

6

Sonderdruck aus:

**Geschichte der
Universität Unter den Linden
1810 – 2010**

**Selbstbehauptung
einer Vision**

Herausgegeben
von Heinz-Elmar Tenorth

in Zusammenarbeit
mit Volker Hess
und Dieter Hoffmann

ISBN 978-3-05-004671-6



Akademie Verlag

Inhaltsverzeichnis

Selbstbehauptung einer Vision. Zur Einleitung	9
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	

Theologie

Die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010	47
<i>Wolf Krötke</i>	

Rechtswissenschaft

Die Juristische Fakultät im Sozialismus	91
<i>Inga Markovits</i>	

Philosophie

Philosophie an der Humboldt-Universität 1945–1990	139
<i>Guntolf Herzberg</i>	

Philosophie an der Humboldt-Universität nach 1990	177
<i>Volker Gerhardt</i>	

Sozialwissenschaften

Psychologie an der Humboldt-Universität	187
<i>Sven Ebisch/Mitchell G. Ash</i>	

Pädagogik seit 1945: Sozialistische Tradition, ideologisierte Alltag, forschende Sozialwissenschaft	209
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i>	

Soziologie an der Humboldt-Universität unter dem SED-Regime und in der „Wende“	233
<i>Hellmut Wollmann</i>	
Die Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1945 ...	255
<i>Jan-Otmar Hesse/Laura Julia Rischbieter</i>	
Von der Handschrift zur digitalen Publikation. Die Bibliotheks- und Informationswissenschaften in Berlin	277
<i>Steffen Rückl/Peter Zahn</i>	
Sportwissenschaften an der Humboldt-Universität	295
<i>Elk Franke</i>	
Geschlechterforschung/Gender Studies	313
<i>Gabriele Jähnert</i>	
 Historische Disziplinen	
Forschung und Parteilichkeit. Die Neuzeithistorie an der Berliner Universität nach 1945	333
<i>Wolfgang Hardtwig/Alexander Thomas</i>	
Alte Geschichte nach 1945	361
<i>Wilfried Nippel</i>	
Staatsideologie und Forschergeist. Die Produktivität der Mittelalterhistorie unter marxistischer Dominanz. Mit einem Ausblick auf die Zeit nach der „Wende“	375
<i>Michael Borgolte</i>	
Das Kunstgeschichtliche Institut der Humboldt-Universität 1946–1989	389
<i>Ulrich Reinisch</i>	
Kunst- und Bildgeschichte 1992–2010	405
<i>Horst Bredekamp/Adam S. Labuda</i>	

Archäologie: Wiederaufbau, marxistische Neudefinition und Kampf um
das Überleben – Neukonstitution 409
Henning Wrede

Von der Ethnographie zur Europäischen Ethnologie 423
Wolfgang Kaschuba/Leonore Scholze-Irrlitz

Philologien

Germanische und klassische Philologien seit 1945 441
Holger Dainat

Zentralstaatlich gelenkte Erneuerung der Philologien in der DDR:
Anglistik, Romanistik und Slawistik an der Humboldt-Universität 461
Marie-Luise Bott

Kulturwissenschaft 509
Holger Brohm

Orientalistik an der Humboldt-Universität – Zwischen Politik und
Philologie 1945–2010 525
Peter Heine

Afrikanische Sprachen und Afrikanistik 535
Andreas Eckert

Mathematik und Naturwissenschaften

Physikalische Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik 551
Dieter Hoffmann

Biologie an der Humboldt-Universität nach 1945. Ihre Entwicklung im
Spannungsfeld von Politik und Forschung 583
Jörg Schulz

Entwicklung des Instituts für Biologie seit 1993	607
<i>Bernhard Ronacher</i>	
Die Fachrichtung Chemie nach 1945	611
<i>Hubert Laitko</i>	
Getrennte Wege und Wiedervereinigung: Die universitären Agrarwissenschaften in Berlin seit 1945	641
<i>Dieter Kirschke/Karl-Heinz Noack/Astrid Häger</i>	
Zwei Geographien oder eine? Heinz Sankes „System geographischer Wissenschaften“ im Dienst einer „klassenmäßigen“ Erziehung und Politik	661
<i>Hans-Dietrich Schultz</i>	
Die Mathematik nach 1945	683
<i>Helmut Koch/Jürg Kramer</i>	
 Medizin	
Die Grundlagenwissenschaften der Medizin. Forschung und Lehre in der Charité nach 1945	701
<i>Cornelius Frömmel</i>	
Personenregister	743
Abbildungsverzeichnis	758
Autorenverzeichnis	760

Die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010

„Die Theologischen Fakultäten, die seit 1933 weithin zerstört und ihres wissenschaftlichen Ansehens beraubt worden sind, sind als Ausbildungsstätten für den Pfarrernachwuchs unter Mitwirkung der Kirchenleitungen neu zu ordnen“¹. Das hatte Dietrich Bonhoeffer, dem die Berliner Universität 1936 die Lehrbefugnis entzogen hatte, im Namen der „Bekennenden Kirche“, aber auch im Geiste der Zukunftsvorstellungen des Widerstandes gegen Hitler schon 1942 gefordert. Eine derartige „Neuordnung“ war im Falle der Berliner Theologischen Fakultät im Spätsommer 1945 in Angriff zu nehmen.² Sie lag zunächst in den Händen von vier an dieser Fakultät verbliebenen Dozenten, nämlich der drei Kirchenhistoriker Kurt Aland, Walter Eltester und Walter Dreß sowie des Neutestamentlers Johannes Schneider. Sie versuchten in einem Zehlendorfer Gemeindehaus einen notdürftigen Lehrbetrieb in Gang zu setzen und im Januar 1946 mit dem Angebot von Sprachkursen und „Kolloquien“ die Lebensfähigkeit der Fakultät zu signalisieren. Walter Eltester ernannte der Rektor der Universität am 27. 10. 1945 kommissarisch zum Dekan. Aufgrund des Befehls Nr. 4 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) konnte am 1. 3. 1946 in den Nebenräumen des Berliner Doms – das Seminargebäude war zerstört – für 51 Studierende (darunter 40 Anfänger) das Sommersemester eröffnet werden. Dazu wurden neben Eltester auch die drei anderen Dozenten zu Professoren berufen. Hinzu kamen aus den Reihen der „Bekennenden Kirche“ Martin Albertz (Neues Testament) und Heinrich Vogel (Systematische Theologie). Nach der Besetzung des alttestamentlichen Lehrstuhls durch Leonhard Rost aus Greifswald konnte im Wintersemester 1946 ein Lehrangebot in allen theologischen Disziplinen gemacht werden.

In der Kirche von Berlin-Brandenburg aber war nach den Erfahrungen der NS-Zeit ein tiefes Misstrauen verbreitet, ob sich die Theologie und damit die Theologenausbildung an einer staatlichen Institution wirklich in guten Händen befindet. Dem verdankt sich der

¹ Bonhoeffer, Dietrich, Entwurf für eine Neuordnung der Kirche nach „Beendigung des Kirchenkampfes“, in: Dietrich-Bonhoeffer-Werke (DBW), Bd. 16: Konspiration und Haft, hrsg. v. Glenthøj, Jørgen/Kabitz, Ulrich/Krötke, Wolf, München 1996, S. 595.

² Vgl. zum Folgenden Elliger, Walter, 150 Jahre Theologische Fakultät in Berlin, Berlin 1960, S. 135–150.

Beschluss der Synode dieser Kirche vom 31. 7. 1945, die *Kirchliche Hochschule Berlin*, die 1935 errichtet worden war, um eine freie Theologenausbildung im NS-Staat zu garantieren, aufrecht zu erhalten und auszubauen.³ Noch bevor die Theologische Fakultät ihre Arbeit wieder aufnahm, hatte die Kirchliche Hochschule mit Genehmigung der Alliierten am 12. 11. 1945 das Wintersemester eröffnet. Wissenschaftliche Theologie in Berlin gab es seither in zweierlei Gestalt, nämlich als an der Universität und in einer kirchlichen Institution verantwortete Wissenschaft.

Was die Theologische Fakultät im Ostteil Berlins betraf, so fand sie sich aufs Neue dem Druck einer Weltanschauung ausgesetzt, in deren System der Durchdringung der Gesellschaft und so auch der Wissenschaft diesmal mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus eine „Theologische Fakultät“ eigentlich überhaupt keinen Ort hatte. Die eher pragmatisch zu nennende Zulassung der Theologischen Fakultät durch die SMAD hatte aber ein Faktum geschaffen, mit dem die für diese Fakultät zuständigen politischen Instanzen und Parteigremien nun umzugehen hatten. Ihr Interesse war dabei durch die ganze Zeit der „Ostzone“ und der DDR hindurch die Heranbildung einer staatsreuen Pfarrerschaft und damit einer diesem Staat dienstbaren Kirche. Die Geschichte der Disziplin Theologie in jener Zeit ist deshalb nur zu verstehen, wenn die konkreten Umstände berücksichtigt werden, unter denen sich die Theologie in jener Zeit zu behaupten hatte.

Der Neubeginn in relativer Autonomie 1946–1952

Die ersten Jahre der neu errichteten Theologischen Fakultät sind nicht zu Unrecht zu einer Phase „relativer Autonomie“ der sechs Theologischen Fakultäten im Osten Deutschlands gerechnet worden, die sich neben Berlin in Greifswald, Halle/Saale, Jena, Leipzig und Rostock befanden.⁴ Das bedeutet für die Berliner Fakultät zunächst: Die für sie zuständigen politischen Instanzen vermochten nicht, Lehrstühle mit sog. „fortschrittlichen“ Theologen zu besetzen. Weder der Reformationsforscher Walter Elliger, der im Frühjahr 1950 anstelle des nach Halle/Saale gewechselten Kurt Aland berufen worden war, noch Otto Haendler, der 1951 den Lehrstuhl für Praktische Theologie bekam, passten in dieses Schema. Insbe-

³ Vgl. Fischer, Martin, *Die Kirchliche Hochschule Berlin 1948, Sinn und Auftrag*, in: ThViat (Jahrbuch der Kirchlichen Hochschule Berlin) 1 (1949), S. 1–25; Harder, Günther, *20 Jahre Kirchliche Hochschule Berlin*, in: *Junge Kirche (JK)* 17 (1956), S. 172–174.

⁴ Stengel, Friedemann, *Die Theologischen Fakultäten der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71, Arbeiten zur Theologie und Kirchengeschichte*, Bd. 3, Leipzig 1998, S. 15.

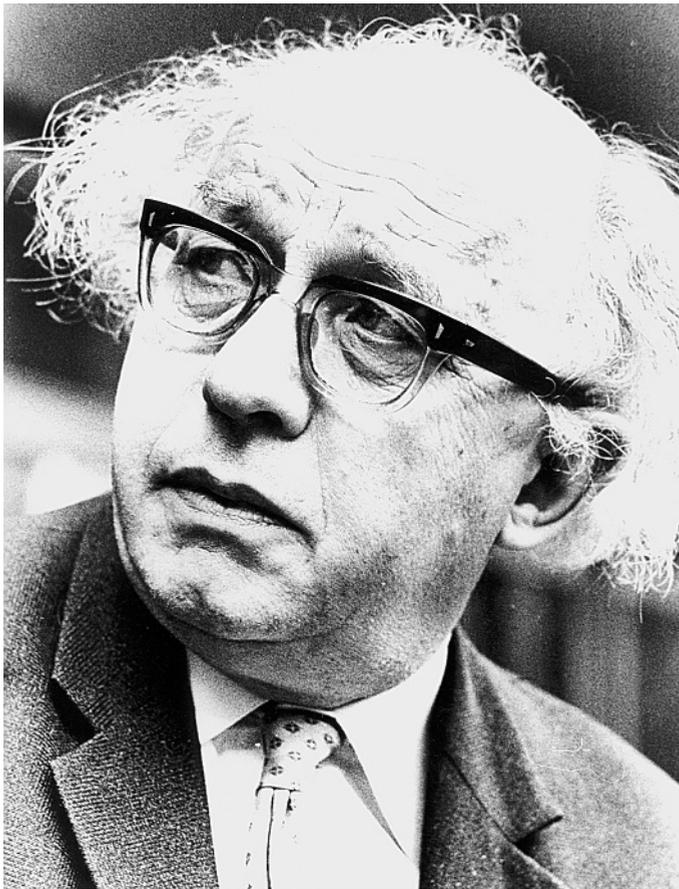


Abb. 1 Heinrich Vogel (1902–1998)

sondere Walter Elliger geriet bald in schwere Konflikte mit der Staatsmacht⁵, welcher der „konservative Fakultätswille“ bei der Besetzung der Lehrstühle missfiel.⁶ Als „konservativ“ galt dabei das Bestreben, der Fakultät im Geiste einer liberalen Wahrheitsverantwortung des christlichen Glaubens wieder zu wissenschaftlichem Ansehen zu verhelfen.⁷ Die staatlichen Organe aber mutmaßten hinter dem von ihnen missbilligten „Konservativismus“

⁵ Zum „Fall Elliger“ in seinen verschiedenen Phasen vgl. Bräuer, Siegfried, „Kein Freund unserer Republik, sagt aber, was er denkt“. Der Berliner Kirchenhistoriker Walter Elliger (1903–1985), in: *Zeitschrift für Theologie und Kirche (ZThK)* 102 (2005), S. 435–471.

⁶ Vgl. die Belege bei Stengel, *Die Theologischen Fakultäten*, 1998, S. 26.

⁷ Vgl. hierzu Elliger, *150 Jahre*, 1960, S. 139.

den Einfluss der Kirche. Das war auch nicht ganz unberechtigt, sofern die Kirche gemäß dem Preußischen Staatsvertrag vom 11. 5. 1931 ihr Mitspracherecht bei der Besetzung der Lehrstühle wahrnahm und sich z. B. 1947 für die Berufung von Heinrich Vogel, der nicht habilitiert war, zum ordentlichen Professor für Systematische Theologie einsetzte. Doch das hat auch Bedenken in der Fakultät wach gerufen, die – wie das Gutachten zur „Reform des Theologiestudiums“ von 1953 zeigt⁸ – sich eher der theologischen Tradition im Geiste Harnacks verpflichtet wusste, als dem Theologieverständnis der „Bekennenden Kirche“, das Heinrich Vogel als Mitstreiter Karl Barths in der NS-Zeit repräsentierte. Für Vogel war die wichtigste Aufgabe der Theologie an der Universität das „Herrengeheimnis der Wahrheit“ gegenüber allem wissenschaftlichen Forschen zur Geltung zu bringen.⁹

Doch die Vorstellungen einer wissenschaftlichen Oase einerseits und einer vorrangig dem Geheimnis Gottes verpflichteten Theologie andererseits erwiesen sich im Geflecht der weltanschaulichen Interessen des Staates bald als schwierig. Das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen (SHF), das der Kirche das Mitspracherecht in Berufsfragen entzog, wurde jetzt zur Instanz, an der sich die Fakultät zu orientieren hatte. Von dort her aber wurde Druck ausgeübt, sich den Vorgaben für das Studium zu fügen, wie sie die 2. Hochschulreform des Jahres 1951 zugunsten der Inanspruchnahme der Universitäten für den „Aufbau des Sozialismus“ vorsah. Dazu gehörten z. B. die Einführung eines dreijährigen marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums, die Festlegung einheitlicher Studienpläne und die Schaffung von Seminargruppen mit einem der FDJ zugeordneten „Seminargruppensekretär“. Die Realisierung alles dessen sollte sich weit in die folgende Fakultätsgeschichte hinein ziehen. Vorerst vollzog sich das Studium im Grundsatz so, wie auch an der Kirchlichen Hochschule in West-Berlin, mit der auch kooperiert wurde. Heinrich Vogel lehrte dort und hier. Mitglieder der Fakultät boten auch in Zehlendorf Lehrveranstaltungen an. Probleme bereitete jedoch der numerus clausus, welcher der Fakultät verordnet wurde und ein im Juni 1951 verfügtes Immatrikulationsverbot für Studierende der Kirchlichen Hochschule, an der sich viele Studierwillige aus dem Osten Deutschlands einschreiben ließen. Dem verdankt sich letztlich die Gründung des „Sprachenkonvikts“ in der Borsigstraße. Die Kirche wollte die Studierenden aus dem Osten auf den Osten orientieren. Deshalb wurden sie dort mit Sprachkursen und einem schmalen Lehrangebot auf ihren künftigen Beruf im Osten verwiesen, erwarben aber ihre eigentliche theologische Ausbildung in Zehlendorf.¹⁰ Diese Konstruktion trug alle Merkmale eines Provisoriums und die Fakultät, die durch

⁸ Vgl. Zur Reform des Theologiestudiums. Ein Gutachten der Theologischen Fakultät Berlin, in: Theologische Literaturzeitung (ThLZ) 78 (1953), Sp. 183–188.

⁹ Vgl. Vogel, Heinrich, Die Stellung der Theologie im Raume der Universität, in: ThLZ 82 (1957), Sp. 728.

¹⁰ Vgl. zur Entstehungsgeschichte des Sprachenkonvikts Mau, Rudolf, Das „Sprachenkonvikt“. Theologische Ausbildungsstätte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg („Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg“), 1950–1991, in: Der Wahrheit Gottes verpflichtet. Theologische Beiträge aus dem Sprachenkonvikt Berlin für Rudolf Mau, hrsg. v. Köckert, Matthias, Berlin 1993, S. 11–16.

Walter Elliger im Kuratorium des Sprachenkonvikts vertreten war, hatte auch ein Interesse daran, dass das so blieb.

Aber die DDR schuf der Theologischen Fakultät noch ein langfristig schwerwiegenderes Problem. Sie verwehrte Kindern christlicher Eltern und insbesondere Pfarrerskindern den Zugang zum Abitur und nahm ihnen damit die Voraussetzung für ein Hochschulstudium. Die Kirche eröffnete daraufhin am 5. Mai 1950 das Kirchliche Oberseminar in Potsdam-Hermannswerder. Das war faktisch ein Evangelisches Gymnasium. Das SHF genehmigte im September 1952, dass Absolventen dieses Seminars an der Fakultät immatrikuliert werden konnten. Auf den Parteietagen aber herrschte eine andauernde Unzufriedenheit über die Fakultät und die Verselbstständigung der Schul- und Hochschulausbildung im Raum der Kirche. Darum überrascht es nicht, dass die Regierung der DDR versuchte, endlich in ihrem Sinne klare Verhältnisse bei der Theologenausbildung zu schaffen.

Ministerpräsident Otto Grotewohl bezeichnete in einem Schreiben vom 14. 8. 1952 an den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland die Theologischen Fakultäten als mit dem Verfassungsrecht der Deutschen Demokratischen Republik unvereinbar. Er schlug vor, die Theologischen Fakultäten aufzulösen und eine „Theologische Akademie“ zu schaffen.¹¹ Sowohl die Kirche wie alle Theologischen Fakultäten im Osten haben das abgelehnt. Sie machten vor allem den Schaden geltend, der dadurch dem wissenschaftlichen Ansehen der Universität und der Ausbildung einer wissenschaftlich gebildeten Pfarrerschaft erwachsen würde. Merkwürdigerweise ist der Grotewohl-Vorschlag dann irgendwie versendet. Er ist später auf Partei- und Regierungsebene zwar immer wieder erwogen worden, aber offenkundig hat sich dort stets aufs Neue das Argument durchgesetzt, dass man auf die Kirche langfristig am besten Einfluss nehmen könne, wenn ihre Theologenausbildung staatlicher Aufsicht und Kontrolle unterliege.

Zunächst jedenfalls konnte sich die Theologische Fakultät Berlin inmitten jener Anfangsturbulenzen verhältnismäßig stattlich präsentieren. Sie war in ihren fünf Hauptdisziplinen nach dem bewährten Prinzip der Doppelbesetzung jeder Disziplin mit angesehenen Wissenschaftlern auf dem Plan. Sie hat sich mit speziellen Forschungsgebieten und -fächern ein Profil gegeben. Leonhard Rost und Fritz Maas erweckten das Institutum Iudaicum wieder zum Leben. Das Fach „Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst“ wurde im Lehrangebot verankert. „Kirchenkunde und Orthodoxie“ vertrat von 1946–1949 Fritz Lieb aus Basel, ehe Karl Rose 1952 diese Aufgabe übernahm. Liselotte Richter, eine Kierkegaard-Spezialistin, die von der Philosophischen an die Theologische Fakultät übergewechselt war, hatte eine Professur für Religionsphilosophie inne.

¹¹ Vgl. Dokument 6 bei Stengel, Die Theologischen Fakultäten, 1998, S. 685f.

Zunehmender Druck 1953–1961

Zu der Zeit, in der Otto Grotewohl sein Angebot der Gründung „Theologischer Akademien“ unterbreitete, warf der „Kalte Krieg“ schon seine Schatten auf die Verhältnisse im Inneren der DDR. Außerdem gab es eine parteiinterne Linie, welche auf die Liquidierung der Kirchen mit ihrem ca. 90 %-igen Anteil in der ostdeutschen Bevölkerung zielte. Die Mächtigen in Partei und Staat hatten sich deshalb darauf kapriziert, in den „Jungen Gemeinden“ der Kirche und – was die Universität betrifft – in den „Studentengemeinden“ „Agentenzentralen des anglo-amerikanischen Imperialismus“¹² zu entdecken. Die Verfolgungswelle von jungen Christinnen und Christen, Jugendwarten und Studentenpfarrern, welche dieser abstruse Vorwurf in der ganzen DDR zur Folge hatte, und die Fluchtwellen, die das auslöste, sind eine Geschichte für sich.¹³ Die Theologische Fakultät in Berlin betraf das alles insofern direkt, als auf „Foren“ und „Protestversammlungen“ in der Humboldt-Universität im April und Mai 1953 Theologiestudierende namentlich mit der Forderung ihrer Exmatrikulation an den Pranger gestellt wurden. Der Prorektor Robert Havemann hat diese Forderung auch prompt exekutiert.¹⁴ Kurz vor dem Aufstand des 17. Juni 1953 wurden dergleichen Willkürakte zwar wieder rückgängig gemacht, aber der politische Druck auf alle Theologischen Fakultäten von Seiten der SED und der Regierung wurde dennoch intensiviert.

Die „Wegweisung“ von 1958 und ihre Hintergründe

Markant für die damalige Situation ist der Plan für die Theologischen Fakultäten, den das Sekretariat des ZK der SED am 15. 12. 1955 verabschiedete.¹⁵ Dem SHF wurden in 16 Punkten teils administrative, teils „bewusstseinsbildende“ Maßnahmen aufgegeben, um auf die Theologischen Fakultäten einzuwirken. Speziell für die Berliner Fakultät wurde angeordnet, „den überwiegend reaktionären Lehrkörper (...) zu schwächen“.¹⁶ Dieser Lehrkörper war unterdessen durch zwei weitere Berufungen wiederum aus Greifswald verstärkt worden. Um in der Systematischen Theologie ein Gegengewicht zu Heinrich Vogel zu schaffen, wurde 1953 der schon 66-jährige Rudolf Hermann berufen, der über seine Emeritierung hinaus mit seiner eigenständigen Verantwortung der christlichen Wahrheit

¹² Zeitschrift des Zentralrats der FDJ: Forum v. 25. 4. 1953, S. 1.

¹³ Vgl. Greschat, Martin/Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953, Stuttgart 2003.

¹⁴ Vgl. die Darstellung der Geschehnisse bei Linke, Dietmar, Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank, Neukirchen 1994, S. 83–89.

¹⁵ Bundesarchiv (BArch), DR 3, 1446; vgl. Stengel, Die Theologischen Fakultäten, 1998, S. 695–697.

¹⁶ BArch, DR-3, 1446.

viele Studierende dieser Fakultät geprägt hat.¹⁷ Geeigneter für die Beförderung der Parteiinteressen als dieser feinsinnige Wissenschaftler erschien dem SHF dagegen der 1954 berufene Neutestamentler Erich Fascher. Das SHF hat ihn 1956 ausdrücklich als eine „Ausnahme“ in einem sich „in politischer Hinsicht (...) fast geschlossen ablehnend“ verhaltenden Lehrkörper bezeichnet.¹⁸ Daran änderte sich auch durch die Berufung des schon 62-jährigen Gottfried Quell aus Rostock auf den Lehrstuhl für Altes Testament nichts. Dieser Lehrstuhl war frei geworden, weil Leonhard Rost 1956 auf eine Professur in Erlangen wechselte und die Berufung des Dozenten Fritz Maas, der in West-Berlin wohnte, abgelehnt wurde. Maas schied daraufhin 1958 aus der Fakultät aus. Auf seine alttestamentliche Stelle wurde zunächst Gerhard Wallis und nach dessen Überwechslung nach Halle Siegfried Herrmann aus Leipzig berufen. Quell aber ließ sich schon 1962 emeritieren und lehrte danach mit großem Erfolg am Sprachenkonvikt.

Partei und Regierung aber wollten sich mit der immer wieder konstatierten Rückschrittlichkeit der Professorenschaft nicht zufrieden geben. Von ihr wurde eine Bekundung der „Loyalität“ gegenüber der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR verlangt, was lange Diskussionen zwischen den Fakultäten auslöste.¹⁹ Als jedoch die Dekane aufgefordert wurden, sich von dem am 28. 11. 1957 wegen „Boykotthetze“ und „Staatsverleumdung“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Leipziger Studentenpfarrer Georg-Siegfried Schmutzler zu distanzieren²⁰, legte der Berliner Dekan Heinrich Vogel im Februar 1958 eine „Wegweisung“ in 12 Punkten für das Theologiestudium vor, die von allen Dekanen der Ost-Fakultäten unterschrieben wurde.²¹ Kern dieser „Wegweisung“ war die Anerkennung der Regierung der DDR, die „im Glauben an Gottes Wort unter Gottes gnädiger Anordnung“ steht, deren Gesetze „zu respektieren“ sind und welcher der Christ helfen will, „das wahre Wohl des Menschen“ zu verwirklichen. Kirchenpolitischer und theologischer Hintergrund dieser „Wegweisung“ war die in der Kirche im Gange befindliche Auseinandersetzung darüber, inwiefern ein Staat, der seine Macht gebraucht, um den Atheismus in der Gesellschaft durchzusetzen, gemäß der protestantischen Staatslehre noch als von Gott legitimierte

¹⁷ Zur Theologie Rudolf Hermanns vgl. Mau, Rudolf, Theologie als Fragen nach der Wahrheit. Zum theologischen Weg und Profil Rudolf Hermanns, unveröffentlichte Abschiedsvorlesung am 14. 2. 1992.

¹⁸ Zit. n. Linke, Theologiestudenten, 1994, S. 104. Fascher war aufgrund dieses Eindrucks der Einzige unter den damaligen Professoren, mit dem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eine Zusammenarbeit suchte. Er wurde 1956 mit korrumpierenden Dokumenten aus der Nazi-Zeit regelrecht erpresst, mit dem MfS Gespräche zu führen (vgl. Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [BStU], ZA, AIM 2849/59, P., Bl. 36–48) und wohl ohne sein Wissen unter dem Decknamen „Fred“ als „Gesellschaftlicher Informant“ (GI) geführt. Doch an seiner nachlässigen Mitarbeit verlor das MfS bald sein Interesse.

¹⁹ Vgl. Stengel, Die Theologischen Fakultäten, 1998, S. 299–308.

²⁰ Vgl. Schmutzler, Georg-Siegfried, Gegen den Strom. Erlebtes unter Hitler und der Stasi, Göttingen 1992, S. 137–201.

²¹ Text der Wegweisung bei Stengel, Die Theologischen Fakultäten, 1998, S. 724.

„Obrigkeit“, welcher Christen zum Gehorsam verpflichtet sind, verstanden werden könne. Heinrich Vogel vertrat in der „Wegweisung“ bis in den Wortlaut hinein die Position, welche die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland bezogen hatte. Sie lautete: Der Staat wird vom Evangelium „unter die gnädige Anordnung“ Gottes gerückt, die in Geltung bleibt „unabhängig vom Zustandekommen der staatlichen Gewalt und ihrer politischen Gestalt“²². Das war auch die Linie, die Karl Barth in seinem berühmten offenen „Brief an einen Pfarrer in der DDR“ von 1958 vertreten hatte²³ und die Heinrich Vogel dann im so genannten „Obrigkeitsstreit“ von 1959/60 vehement zur Geltung brachte. Dieser Streit wurde durch eine kleine Schrift des Berliner Bischofs Otto Dibelius ausgelöst, in der er die Ansicht vertrat, nur einem Rechtsstaat und nicht einem Machtstaat gelte Gottes Anordnung.²⁴ Der Christ sei einem Staat wie der DDR deshalb nicht zum Gehorsam verpflichtet. Heinrich Vogel bezichtigte Dibelius daraufhin regelrecht der „falschen Lehre“ und forderte seinen Rücktritt.²⁵ Dazu kam es nicht. Eine Berlin-Brandenburgische Synode vom Januar 1960 bekräftigte, dass Christen die Gesetze der DDR respektieren. Leider sind die echten Probleme dieses Streites damals nicht zum Austrag gekommen. Zum einen lagen nämlich Karl Barth und Otto Dibelius gar nicht so weit auseinander, weil beide voraussetzten, dass der Staat eigentlich ein Rechtsstaat sein solle.²⁶ Zum anderen blieb das Problem bestehen, dass die Kirche wie auch die Theologische Fakultät sich bei staatlichen Willkürmaßnahmen nicht auf einen Rechtsrahmen beziehen konnten, so dass von Fall zu Fall nur an den guten Willen der Funktionäre zu appellieren war.

Unter solchen Willkürmaßnahmen hatte die Theologische Fakultät auch weiter zu leiden. Um das „reaktionäre“ Erscheinungsbild der Studierenden zu ändern, wurde das Zulassungskontingent in den Jahren 1956–1958 kontinuierlich herabgesetzt. Statt 40 durften nur noch 20 Neuimmatrikulationen im Studienjahr vorgenommen werden. 1957 verbot man die Aufnahme von Absolventen des Kirchlichen Oberseminars. Die Folge war, dass die Zahl der Studierenden drastisch sank. Der Einfluss der FDJ tendierte gegen Null. Denn diejenigen, die in der Schule in die FDJ eingetreten waren, gaben in der Regel nach der

²² Vgl. Friebel, Thomas, Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und in der DDR 1945–1969. Eine Untersuchung zum Öffentlichkeitsauftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1992, S. 221.

²³ Vgl. Barth, Karl, An einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ders., Offene Briefe 1945–1968, Karl Barth, Gesamtausgabe V, Zürich 1984, S. 401–439.

²⁴ Vgl. Dibelius, Otto, Obrigkeit?, Berlin 1959.

²⁵ Vgl. Stupperich, Robert, Otto Dibelius. Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten, Göttingen 1989, S. 558.

²⁶ Vgl. Krötke, Wolf, Karl Barths Lehre von „Evangelium und Gesetz“ als Einübung in die Freiheit der Kirche. Von den Möglichkeiten und Grenzen dieser Einübung unter den Bedingungen in der DDR, in: ders., Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft. Theologische Orientierungen im Übergang vom „real existierenden Sozialismus“ zur demokratischen, pluralistischen Gesellschaft, Tübingen 1994, S. 141–162.

Immatrikulation ihre Mitgliedsbücher zurück. Daran konnte auch die „Verpflichtungserklärung“ nichts ändern, die alle Neuimmatrikulierten vom Studienjahr 1957/58 an zu unterschreiben hatten. In ihr mussten sie sich verpflichten, „jederzeit die Politik der Regierung der DDR aktiv zu unterstützen“, während des Studiums „am sozialistischen Aufbau in Industrie und Landwirtschaft tatkräftig mitzuwirken“ und „zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der DDR“ beizutragen.²⁷ Heinrich Vogel hat diese Erklärung mit dem Zusatz entschärft, „daß die Bindung des Theologen an das jeden Christen im Glaubensgehorsam verpflichtende Evangelium von Jesus Christus in Kraft bleibt“. Damit war eine absolute Geltung dieser Verpflichtung ausgeschlossen. Sie verhinderte zudem nicht, dass sich Studierende die Freiheit nahmen, zu Maßnahmen des Staates Stellung zu beziehen. In einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten wandten sie sich z. B. zwei Jahre später gegen die Verfahren bei der Kollektivierung der Landwirtschaft. Walter Elliger hat dieses Anliegen mit großem Mut zur Wahrheit unterstützt. Er hat auch erreicht, dass den Unterzeichnern dieses Briefes nichts geschah.²⁸ Aber das war nur ein kleiner Erfolg gegenüber den Anstrengungen, die der Staat unternahm, um die Theologische Fakultät in den Griff zu bekommen.

Der Nachwuchs

Für die Partei und die Regierung gab es eigentlich nur eine Schlussfolgerung aus dem in ihren Augen resistenten Erscheinungsbild von Professoren und Studierenden. Es musste ein wissenschaftlicher Nachwuchs befördert werden, der zukünftig in der Lage war, die Studierenden „fortschrittlich“ zu orientieren. Zu diesem Zwecke war ein ganzes Aufgebot von untereinander vernetzten Kräften am Werke. Allen voran waren das die Arbeitsgruppe (AG) Kirchenfragen beim ZK der SED und das SHF. Auch das Staatssekretariat für Kirchenfragen (SfK) wollte ein Wort mitreden. Außerdem suchte die Ost-CDU Einfluss zu gewinnen. Und schließlich war in diesem Netzwerk der Staatssicherheitsdienst am Werke, der gerade in der Theologischen Fakultät Berlin einen großen Einfluss gewinnen sollte. Friederun Fessen vom SHF als IM „Irene“ sprach alle ihre Maßnahmen mit dem Geheimdienst ab. Im SfK assistierte Manfred Wilke als IM „Wächter“. Der Dozent für das marxistische Grundlagensstudium war Helmut Dressler mit dem Decknamen „Harry“.

Die Spezialität, die dieses Aufgebot von parteipolitischer und staatlicher Macht schuf, war merkwürdig. Es entstanden nämlich zwei äußerst verfeindete „Fraktionen“, deren Par-

²⁷ Zit. n. Linke, *Theologiestudenten*, 1994, S. 125.

²⁸ Vgl. Bräuer, *Kein Freund*, 2005, S. 462f.

teigänger beide Anhänger des DDR-Sozialismus waren.²⁹ Der Grundstein dafür wurde gelegt, als das SHF 1952/53 dem aus Göttingen gekommenen Ehepaar Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand „Aspiranturen“ in der Systematischen Theologie und in der Kirchengeschichte verschaffte. Beide Müllers haben sich vorbehaltlos zum Marxismus-Leninismus und zur Politik, wie sie die DDR praktizierte, bekannt. Hanfried Müller wurde darüber hinaus am 3. 11. 1954 unter dem Decknamen „Hans Meier“ IM der Staatssicherheit.³⁰ Als solcher hat er extensiv über Vorgänge und Personen in der Fakultät und in der Kirche berichtet, Aufträge der Stasi ausgeführt und versucht, mit den „Freunden vom MfS“ (wie er sie noch 2006 nennt³¹) Fakultäts- und Kirchenpolitik zu betreiben. Die theologische Grundlegung für sein Tun lieferte er 1956 in einer Dissertation über Dietrich Bonhoeffers Theologie.³² Danach bejaht ein Christ die Gesetzmäßigkeit von Natur und Geschichte, wie sie allein der Marxismus-Leninismus erkennt. Er ist insofern *Atheist* und Vertreter der Ethik und Politik, die aus dieser Gesetzmäßigkeit folgt. Sofern er aber an Gott glaubt, tut er das verborgen vor der Welt. Er versucht niemals, seinen Glauben in weltlichen Zusammenhängen ins Spiel zu bringen. Nimmt die Kirche aus Glaubensgründen zu gesellschaftlichen, ethischen und politischen Fragen Stellung, ist das als religiöses Machtstreben des „Klerikalismus“ zu beurteilen. Sie verrät damit das unsichtbare Wesen des Glaubens und muss fortwährend aufgefordert werden, „Buße“ zu tun.

Es ist heute schwer vorzustellen, dass diese groteske Konstruktion, die ein christliches Leben im Grunde unmöglich machte und als Bonhoeffer-Interpretation abseitig war, die Berliner Fakultät in Atem gehalten hat. Das hängt vor allem damit zusammen, dass sie zugleich ein massiver Angriff auf die Ideologie der Ost-CDU war. Deren Credo bestand darin, dass es trotz weltanschaulicher Verschiedenheit zwischen atheistischem Marxismus und Christentum ein gemeinsames „humanistisches Anliegen“ gebe, welches Gläubige le-

²⁹ Ich mache im Folgenden Gebrauch von einer unveröffentlichten Darstellung der Fakultätsgeschichte, die aus eigenem Erleben weitgehend auf die Auseinandersetzung zwischen beiden „Fraktionen“ fixiert ist. Hans-Hinrich Jenssen hat sie unter dem Titel „Wegsuche in vermintem Gelände. Autobiographisch orientierte Darstellung zur Geschichte der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin vor allem zwischen 1960–1990“ verfasst. Ich danke Herrn Dr. Martin Jenssen, dass er mir das Typoskript der Ausarbeitung seines Vaters zur Verfügung gestellt hat.

³⁰ Kleinere Auszüge der Akte dieses IM sind veröffentlicht bei Linke, Theologiestudenten, 1994, S. 450–472.

³¹ Vgl. www.weissenseerblätter.de, 3/2006. Die seit 1982 erscheinenden „Weißenseer Blätter“ sind das Sprachrohr der von Hanfried Müller vertretenen Theologie. 2006 hat Müller geschildert, wie sie mit Hilfe von SED und MfS aus der Taufe gehoben und gesponsert wurden. Sie sollten die Anliegen des so genannten „Weißenseer Arbeitskreises“ fortführen, der sich seit 1958 darum bemühte, die Situation in der DDR als Chance für Verkündigung und Leben der Kirche zu begreifen. Müller hat versucht, diesen Arbeitskreis für seine Anliegen zu funktionalisieren, so dass schließlich nur noch eine Gruppe seines Geistes übrig blieb (vgl. zum eigentlichen Sinn dieses Arbeitskreises: Schönherr, Albrecht, ... aber die Zeit war nicht verloren, Berlin 1993, S. 196–205).

³² Vgl. Müller, Hanfried, Von der Kirche zur Welt. Ein Beitrag zu der Beziehung des Wortes Gottes auf die *societas* in Dietrich Bonhoeffers theologischer Entwicklung, Leipzig 1961.

gitimiert, sich am Aufbau des Sozialismus zu beteiligen. Darum rief Müllers Konstruktion den Widerstand der CDU wach. Ein Zensor theologischer Literatur, Christoph Haufe von der Leipziger Theologischen Fakultät, versuchte die Veröffentlichung dieser Dissertation zu verhindern. Sie stiftete „ideologische Verwirrung“. Er unterlag aber einem Machtwort aus dem ZK der SED. Dieser Vorgang hatte zur Folge, dass die Zensur vorrangig in die Hände von Rosemarie Müller-Streisand und der sich bildenden „Müller-Fraktion“ überging.³³ Hanfried Müller, der nicht habilitiert war, aber wurde ohne Mitsprache der Fakultät vom SHF zum Dozenten für Systematische Theologie ernannt. Außerdem bekam Rosemarie Müller-Streisand eine Dozentur für „Neuere Kirchengeschichte“, obwohl das Fach Kirchengeschichte mit den Professoren Elliger und Dreß sowie dem Dozenten Gert Haendler, der dann 1960 nach Halle/Saale wechselte, gut besetzt war. Dekan Fascher protestierte dagegen ebenso vergeblich wie gegen die Deklaration der Vorlesungen der Müllers zu Pflichtveranstaltungen. Die Studierenden aber boykottierten diese Vorlesungen.

Die Beförderung der Karrieren der Müllers bedeutete jedoch nicht eine Abkehr des SHF von der „Blockpolitik“ mit der CDU. Deren Protagonisten zählten ja auch zu den „fortschrittlichen“ Kräften. Dementsprechend wurde Hans-Hinrich Jensen, der von 1964–1968 zum Hauptvorstand der CDU gehörte, 1960 zum Professor und Hans-Martin Schenke, ein Spezialist für das gnostisch-koptische Schrifttum, der als „fortschrittliche Nachwuchskraft“ galt, zum Dozenten berufen. Eine besonders absurde Zuspitzung erfuhr das Gegeneinandertreiben von Theologen, die beide den Partei- und Staatsinteressen dienstbar waren, aber 1960 durch die Berufung des CDU-Mannes Hans-Georg Fritzsche zum Professor für Systematische Theologie „mit Lehrstuhl“. Fritzsche hatte sich 1957 als „IM Fritz“ zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet. Er verdankt seine Karriere fast ausschließlich dem MfS.³⁴ Da ihm die Rolle eines „reaktionären“ avant provocateur zugedacht war, wurde er zur Zielscheibe der „Müllerfraktion“. Auch das SHF misstraute ihm. Er hatte immerwährende Schwierigkeiten, seine Bücher zu veröffentlichen.³⁵ Vielleicht kann man das ganze Szenarium, welches das MfS hier geschaffen hat, als den Versuch deuten, durch das Gegeneinandertreiben von Menschen und Meinungen das, was sie doch verbinden sollte – nämlich die Theologie – zu zersetzen.

³³ Vgl. Krötke, Wolf, Der zensierte Bonhoeffer. Zu einem schwierigen Kapitel der Theologiegeschichte in der DDR, in: ZThK 92 (1995), S. 328–356; außerdem: Bräuer, Siegfried/Vollnhals, Clemens (Hrsg.), „In der DDR gibt es keine Zensur“. Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989, Leipzig 1995.

³⁴ Vgl. die Darstellung des Berufungsvorganges bei Stengel, Die Theologischen Fakultäten, 1998, S. 403–411.

³⁵ Dazu zählt ein vierbändiges „Lehrbuch der Dogmatik“, Berlin 1964–1988; vgl. zum „Doppelleben“ von Hans-Georg Fritzsche auch Beyrich, Tilmann, Der Gutachter: Hans-Georg Fritzsche. Theologie, Wahrheit und Legende, in: ders., Unerwartete Theologie, Münster 2005, S. 41–66.

Diesem Szenarium ist es schließlich auch zu verdanken, dass der theologische Nachwuchs, der keiner der beiden „Fraktionen“ zuzuordnen war, an dieser Fakultät keine Zukunft mehr hatte. Hartmut Aschermann, der Assistent von Johannes Schneider und zugleich Ephorus des Sprachenkonvikts, musste gehen. Joachim Rogge, dem habilitierten Assistenten von Walter Elliger, setzte man den Stuhl vor die Tür. Er wurde Dozent des kirchlichen Lehramts für Kirchengeschichte am Sprachenkonvikt. Auf diesem Wege sollten ihm zu Beginn der sechziger Jahre Rudolf Mau, ein Schüler Rudolf Hermanns, der Alttestamentler Günther Morawe, der doppelt promoviert war, und eine zeitlang der Neutestamentler Günther Baumbach folgen.

Von der Fakultät zur „Sektion“ 1961–1970

Die neue Situation

Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. 8. 1961 war die Berliner Theologische Fakultät mit einem Schlage ein Problem los. Die Beeinflussung der Studierenden durch die Kirchliche Hochschule in West-Berlin hörte auf. Es war nämlich längst selbstverständlich geworden, dass an der Fakultät Immatrikulierte auch in Zehlendorf Lehrveranstaltungen besuchten und an dem Aufschwung partizipierten, dessen sich dort die Theologie durch die hermeneutische Arbeit von Gerhard Ebeling und Ernst Fuchs³⁶ erfreute. Damit war jetzt Schluss. Die Theologische Fakultät wurde nun erst einmal genötigt, sich im Sinne eines „Kampfauftrages“ der FDJ zum Mauerbau zu verhalten. Das geschah mit einer Erklärung des Rates der Fakultät vom 26. 10. 1961, die im Wesentlichen von Hanfried Müller verfasst war. In dieser Erklärung wird der Bau der Mauer „um der Sicherung des Friedens willen“ als „unvermeidlich“ bezeichnet und behauptet, dass der Christ beim „Dienst in den nationalen Streitkräften der DDR“ ein „gutes Gewissen“ haben könne. Die in West-Berlin wohnhaften Professoren (Vogel, Richter, Schneider) wurden bei der Sitzung, auf der diese Erklärung beschlossen wurde, ausgeschlossen. Walter Elliger enthielt sich der Stimme. Gegen ihn war unterdessen schon die Einleitung eines Disziplinarverfahrens im Gange, weil er auf einer Veranstaltung aus Anlass der Volkskammerwahlen vom 17. 9. 1961 die Losung „Wer nicht wählt, wählt den Krieg“ als falsch und an die „Zeiten des Faschismus“ erinnernd apostrophiert hatte.³⁷ Ein Student, Manfred Schulze, der seine Kommilitoninnen und Kommilitonen bewegen wollte,

³⁶ Vgl. Hüffmeier, Wilhelm, Ernst Fuchs, in: Neutestamentliche Wissenschaft nach 1945. Hauptvertreter der deutschsprachigen Exegese in der Darstellung ihrer Schüler, hrsg. v. Cilliers Breytenbach/Rudolf Hoppe, Neukirchen 2008, S. 217–231.

³⁷ Vgl. Bräuer, Kein Freund, 2005, S. 462f.

nicht zur Wahl zu gehen, aber wurde verhaftet und wegen „fortgesetzter staatsgefährdender Hetze“ zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt.³⁸

Vor Probleme eigener Art stellte der Mauerbau dagegen das Sprachenkonvikt.³⁹ Es musste sich von einem Tag auf den anderen als selbstständige theologische Ausbildungsstätte konstituieren. In aller Eile wurden drei Assistenten der Kirchlichen Hochschule aus dem Osten (Christoph Demke, Hans Jürgen Hermisson, Eberhard Jüngel) mit Lehraufträgen versehen. Joachim Rogge vertrat die Kirchengeschichte und Ilse von Loewenclau das Alte Testament. Den Part in der Praktischen Theologie übernahm Oberkonsistorialrat Schröter. Letzterer war auch „Direktor“ dieser werdenden Hochschule mit ihrem improvisierten Start in das Wintersemester 1961/62. Obgleich sie sich nicht „Hochschule“ nennen durfte und in der ganzen Zeit der SED-Herrschaft niemals Hochschulrechte (wie z. B. das Recht zur Verleihung von akademischen Titeln) bekam, hat sie sich von 1962 an wie eine Theologische Fakultät als akademisch-wissenschaftliche Ausbildungsstätte konstituiert. Sie bekam eine Kuratorialverfassung, die sie zum selbstständigen Gegenüber der Kirchenleitung im Raum der Kirche machte. Sie hatte doppelt besetzte Lehrstühle. Sie gab sich eine Promotions- und Habilitationsordnung. Denn ihre jungen Dozenten haben damals entschiedenen Widerstand geleistet, als Friederun Fessen vom SHF versuchte, die Kirchenleitung zu überreden, das Sprachenkonvikt auf eine Art Erbauungsschule zurück zu schrauben.

Der „neue Typ von Pfarrern“, der Fessen vorschwebte, wurde hier in der Tat nicht geformt. Das waren nach ihren Vorstellungen Pfarrer, „die den Friedenskampf und den Aufbau des Sozialismus in Worten und Taten unterstützen, (...) Pfarrer, die das religiöse Opium denjenigen reichen, die seiner noch bedürfen, aber nicht mehr Stärke durch dieses Opium zu schwächen versuchen“⁴⁰. Den Angehörigen der Fakultät, die diesen Typ befördern sollten, wurde darum verboten, am Sprachenkonvikt Lehrveranstaltungen zu halten. Bei Heinrich Vogel, von dem man sich nützliche Dienste in der Kirchenpolitik versprach, machte man allerdings eine Ausnahme. Diese Konzession hat das andauernde Schmieden von Plänen, wie dem Sprachenkonvikt das Lebenslicht auszublasen sei, freilich nicht beeinträchtigt. Es sollte die Geschichte dieser „illegalen“ Hochschule bis Mitte der 80er Jahre kontinuierlich begleiten und hat sich in mannigfachen Schikanen auch bemerkbar gemacht. Z. B. wurde den Studierenden jener Zeit untersagt, sich nach zwei Jahren, die man für die Sprachausbildung braucht, länger als drei Tage in der Woche in Berlin aufzuhalten. Der Lehrbetrieb musste deshalb zeitweilig auf die Zeit von Dienstag bis Donnerstag zusammen gedrückt werden.

³⁸ Vgl. Linke, *Theologiestudenten*, 1994, S. 174–187.

³⁹ Vgl. zum Folgenden Mau, *Sprachenkonvikt*, 1993, S. 17–21.

⁴⁰ Vgl. den Perspektivplan des SHF für die Theologischen Fakultäten vom 10. 4. 1958, BArch, DR-3, 5595.

Real-sozialistisches Personalkarussell

Die Theologische Fakultät hatte unterdessen mit den Verhältnissen zurechtzukommen, die durch den zerstrittenen Lehrkörper entstanden waren. Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen, als bekannt wurde, dass Hanfried Müller in Absprache mit Friederun Fessen einen „kaderpolitischen Perspektivplan“ entwickelt hatte, demgemäß alle, die zur „CDU-Fraktion“ gehörten, an andere Fakultäten abgeschoben oder emeritiert werden sollten. Die Berliner Fakultät sollte ein „ausgeprägtes linksbruderschaftliches Gesicht“ bekommen.⁴¹ Ein Teil dieses Plans konnte auch verwirklicht werden. So wurde z. B. Hans-Georg Fritzsche 1963 nach Jena versetzt. Aber Fritzsche war auf Wunsch der Fakultätsmehrheit und mit Hilfe des MfS schon 1966 wieder in Berlin zurück und der „CDU-Fraktion“ gelang es, sich mit dem Argument zu behaupten, der Plan einer an der SED orientierten „Richtungsfakultät“ verletze die Prinzipien der „Blockpolitik“. Friederun Fessen musste im Sog dieses Vorwurfs Ende 1965 ihren Sessel im SHF räumen. Bis es dazu kam, aber haben sich beide „Fraktionen“ in Berufungsfragen teils gegenseitig blockiert, teils Kompromisse erreicht, die beiden Seiten nutzten.⁴² Beide Müllers wurden, wie auch Hans-Martin Schenke, 1963/64 zu Professoren „mit Lehrauftrag“. Die „CDU-Fraktion“ erreichte, dass dem alttestamentlichen Dozenten Siegfried Herrmann das Gleiche widerfuhr und Hans-Hinrich Jenssen in der Praktischen Theologie zum Professor „mit vollem Lehrauftrag“ wurde. Die einzige Neuberufung in dieser Zeit war die von Traugott Holtz aus Greifswald zum Dozenten für Neues Testament, der aber nur ein Jahr in Berlin blieb.

Das alles spielte sich unter dem langen Dekanat von Erich Fascher ab (1958–1964). Ihm folgte in diesem Amt Hans-Hinrich Jenssen. Er hatte es im Vergleich zum Dekanatsbeginn seines Vorgängers mit einem personell sehr veränderten Lehrkörper zu tun. Der West-Berliner Walter Dreß war nicht mehr da. Gottfried Quell, Johannes Schneider, Otto Haendler, Erich Fascher und Lieselotte Richter waren emeritiert. Walter Elliger ließ man 1963 an die Theologische Fakultät in Bochum ziehen.⁴³ Ihm folgte dorthin 1966 Siegfried Herrmann. Berufungen die Fülle standen also an. Sie wurden auch vollzogen und sie hatten sogar einen positiven Effekt. Weil jede „Fraktion“ darauf drängte, dass ihr Favorit das Rennen machte,

⁴¹ „Bruderschaften“ nannten sich Vereinigungen von Theologen in der Bundesrepublik, die in den fünfziger Jahren unter Berufung auf Karl Barth gegen die Atomrüstung protestierten und deren „linker“ Flügel durch den Göttinger und ab 1952 Bonner Theologieprofessor Hans-Joachim Iwand (1899–1960) geprägt war. Iwand, in der NS-Zeit ein entschiedener Vertreter der Bekennenden Kirche, war der Hauptverfasser des „Darmstädter Wortes“, eines Schuldbekennnisses der Kirche. Er wandte sich im „Kalten Krieg“ gegen die Verteufelung des Kommunismus, kann aber schwerlich für das theologische Programm von Hanfried Müller in Anspruch genommen werden.

⁴² Vgl. zur folgenden Darstellung ausführlich Stengel, *Die Theologischen Fakultäten*, 1998, S. 348–355.

⁴³ Vgl. Bräuer, *Kein Freund*, 2005, S. 466f.

kamen alle beide in die Spur. Die Berliner Fakultät war darum am Ende der sechziger Jahre im Vergleich mit anderen Ost-Fakultäten personell am Besten ausgestattet. Dabei kam es zu Berufungen, welche die CDU-Fraktion teils zeitweise, teils länger stärkten. Günther Kehnscherper wurde Dozent für Praktische Theologie, wechselte 1970 aber nach Greifswald zurück. Alfred Raddatz bekam eine Dozentur für „Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst“. Er durfte jedoch 1971 einen Ruf nach Wien annehmen. Günther Baumbach wurde eine Professur versprochen, so dass er seine Dozentur am Sprachenkonvikt fahren ließ. Doch mit der Professur wurde es aufgrund einer Kürzung des Stellenplans nichts. Hans-Dieter Döpmann schließlich, ein gediegener Spezialist für die ostkirchliche Orthodoxie, erhielt eine Dozentur für Kirchengeschichte.

Im Gegenzug zu dieser Stärkung der „CDU-Fraktion“ wurden Karl-Heinz Bernhardt aus Rostock 1966 Professor und Ludwig Wächter 1967 Dozent für Altes Testament. Auch Bernhardt stand im Hintergrund zunächst als „IM Förster“ und dann als „IM Jäger“ dem MfS zur Verfügung und war unter dem Deckmantel seiner archäologischen Forschungen im Nahen Osten sogar als Auslandsspion tätig.⁴⁴ Er wurde 1968 Dekan und hat die Geschicke der Fakultät 12 Jahre maßgeblich bestimmt. Unter seinem Dekanat wurde Heinrich Fink im Jahre 1970 Dozent für Praktische Theologie. Fink war aufgrund seines politischen Engagements beim SHF und in Müllers Plan schon als Professor vorgesehen, als er noch nicht einmal promoviert war. 1968 hatte das MfS auch ihn laut IM-Akte „Heiner“ zur konspirativen Zusammenarbeit gewonnen.⁴⁵ Vervollständigt wurde die personelle Aufstellung der Fakultät, die bis Mitte der achtziger Jahre Bestand hatte, durch die Einrichtung eines neuen Faches. Auf politischer und geheimdienstlicher Ebene war schon 1960 die Einrichtung eines Lehrstuhls oder Instituts für Ökumenik geplant worden. Man wollte in die internationalen Beziehungen der Kirche Einblick zu gewinnen und sie beeinflussen. Dafür hatte das MfS den in ökumenischen Dingen kundigen CDU-Funktionär Herbert Trebs (IM „Anton“) vorgesehen. Für ihn machte sich natürlich die „CDU-Fraktion“ stark. Die „Müller-Fraktion“ wollte dagegen Gerhard Bassarak (im Hintergrund als IM „Buss“ auch mit dem MfS verhandelt) auf diesem Lehrstuhl haben. Bassarak war seinerzeit Internationaler Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz (CFK). Diese Organisation wurde 1958 in Prag gegründet, um die „Friedenspolitik“ der Sowjetunion zu befördern und die „atomare Aufrüstung“ des Westens anzuprangern. Dem Regionalausschuss für die DDR, dessen Vorsitzende von 1965 bis 1986 Karl-Heinz Bernhardt und dann Heinrich Fink waren, aber hatte das SfK die Aufgabe zugeordnet, die Kirchen in der DDR zur Mitgliedschaft oder wenigstens zur Zusam-

⁴⁴ Vgl. Auszüge aus der IM-Akte von Bernhardt bei Linke, *Theologiestudenten*, 1994, S. 472–500.

⁴⁵ Vgl. BStU, AIM 26211/91, Bd. 1, Bl. 13. Fink hat bekanntlich bestritten, dass er wissentlich als IM tätig gewesen sei, obwohl er „nichts dagegen sagen“ könne, dass er „als IM in den Akten des MfS erfasst gewesen sei“ (so gegenüber Maleck, Bernhard, Heinrich Fink: „Sich der Verantwortung stellen“, Berlin 1992, S. 84).

menarbeit zu gewinnen.⁴⁶ Als schließlich sowohl Trebs wie Bassarak je einen Lehrstuhl für Ökumenik bekamen, war dieses Anliegen durch Letzteren in der Theologischen Fakultät verankert. Der Auftrag für das am stärksten politisierte theologische Fach aber sollte es sein, den Studierenden „Hilfe zur Standortfindung in der eigenen sozialistischen Umwelt“ zu geben und der „Weckung internationalistischer Solidarität mit den ‚jungen‘ Kirchen“ im Kampf gegen „Unterdrückung und Neokolonialismus“ zu dienen.⁴⁷

Das Erscheinungsbild der Theologischen Fakultät in der Öffentlichkeit

Es gibt einen denkwürdigen Bericht über die Fakultätswirklichkeit in dem uns hier beschäftigenden Zeitraum. Er ist aus Anlass des 175. Universitätsjubiläums 1985 von Hans-Jürgen Gabriel im Geiste der „Müller-Fraktion“ verfasst worden.⁴⁸ Mit dem besten Willen, die Erfolge dieser Gruppierung herauszustreichen, berichtet er in reinstem Klassenkampfstil davon, wie die „progressiven“ Kräfte nach und nach obsiegt haben sollen, wie der nicht „gesellschaftlich aktive“ Nachwuchs ausgeschaltet, Studierende verhaftet bzw. diszipliniert wurden und die sozialistische „Erziehungsaufgabe“ mit Hilfe von FDJ-Arbeit und militärischer Ausbildung immer besser in Gang kam. Diese Schilderung machte auf die Öffentlichkeit einen ausgesprochen abschreckenden Eindruck. Als westliche Medien auf dieses Schauerszenario einer Theologischen Fakultät aufmerksam wurden, verbot die Universitätsleitung den Verkauf der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Humboldt-Universität, in der das geschrieben stand.

Ohne Zweifel aber macht jener Bericht verständlich, warum die zunehmende sozialistische Politisierung der Fakultät weiter eine Abnahme der Bewerberzahlen zum Studium zur Folge hatte. 1963 wurde darum den Absolventen des Kirchlichen Oberseminars Hermannswerder und vergleichbarer Einrichtungen der Kirche durch die Einführung einer „Sonderreifepfprüfung“, die auch Nichtabiturienten ablegen konnten, der Zugang zur Fakultät wieder ermöglicht. Jedoch half diese Maßnahme auch nicht, über die Hürde hinwegzukommen, welche die Kopplung der Zulassung zum Studium an die Ableistung des Wehrdienstes in der Nationalen Volksarmee (NVA) geschaffen hatte. Selbst die Wahrnehmung der Möglichkeit, waffenloser „Bausoldat“ zu werden, welche 1964 eingeräumt wurde, genügte

⁴⁶ Vgl. Mau, Rudolf, Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED, Göttingen 1994, S. 115–118.

⁴⁷ Trebs, Herbert, Die Geschichte des Berliner Lehrstuhls für Ökumenik, in: Zur Geschichte der Theologischen Fakultät Berlin, Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität 7 (1985), S. 566.

⁴⁸ Vgl. Gabriel, Hans-Jürgen, Die Theologische Fakultät in den Jahren 1961 bis 1971, in: Zur Geschichte der Theologischen Fakultät, 1985, S. 604–610; ders., Die Sektion Theologie von ihrer Gründung bis zur Gegenwart (1971–1984), in: ebd., S. 611–615.

zunächst nicht, um zum Studium zugelassen zu werden.⁴⁹ Männliche Studierende, welche den Militärdienst ganz verweigerten oder „Bausoldaten“ wurden, sammelten sich darum am Sprachenkonvikt. Die Theologische Fakultät aber drohte zu „verweiblichen“ und die Studierendenzahlen erreichten bis 1975 einen Tiefstand von 60.⁵⁰ Dazu trug wesentlich bei, dass an der Basis der Kirche natürlich nicht verborgen blieb, welchen Repressionen Studierende an der Berliner Fakultät ausgesetzt waren. Der Versuch z. B., sie zu nötigen, zur Wahl zu gehen, sprach sich herum. Aufsehen erregte im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die neue Verfassung der DDR im Jahre 1968 auch die Inhaftierung und folgende Exmatrikulation von sieben Studierenden, von denen zwei zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Sie hatten auf die Möglichkeit, gegen diese Verfassung zu stimmen, hinweisen wollen, indem sie mittels „Kartoffeldruck“ Flugblätterchen hergestellt und in Berlin „wie die Geschwister Scholl“ verstreut hatten.⁵¹ Hinzu kam, dass öffentliche Äußerungen aus der Fakultät zu kirchlichen und politischen Vorgängen Abbilder staatlicher Positionen waren, die nicht den Eindruck machten, von genuin theologischer Verantwortung veranlasst zu sein.⁵² Unter dem Gesichtspunkt der Werbung für ein Theologiestudium war das Erscheinungsbild dieser Fakultät für die Gemeinden, aus denen die Studierenden kamen, also alles andere als einladend. Gemeindepfarrer empfahlen Studierwilligen deshalb lieber das Sprachenkonvikt oder andere Fakultäten. Denn an den anderen Fakultäten gab es, obwohl auch dort „Kompromisse“ mit den staatlichen Vorgaben geschlossen wurden⁵³, keine Vertreter der Position von Müller und damit auch nicht die Art von Kämpfen, die in Berlin stattfanden. Die Situation hier war insofern einzigartig. Besonders übel aber wirkte auf die kirchliche Öffentlichkeit das aus Anlass der 3. Hochschulreform entworfene „Absolventenbild“, das 1970 im Zuge der Umwandlung der Theologischen Fakultät in eine „Sektion“ von

⁴⁹ Das änderte sich 1971 – allerdings so, dass auch „Bausoldaten“ an der militärischen Ausbildung teilnehmen und damit ihre Entscheidung für die Bausoldaten widerrufen mussten.

⁵⁰ Vgl. zur rückläufigen Entwicklung der Studierendenzahl an den Theologischen Fakultäten und Sektionen überhaupt Stengel, *Die Theologischen Fakultäten*, 1998, S. 667–669.

⁵¹ Vgl. Linke, *Theologiestudenten*, 1994. Einige dieser Studierenden hatten in einem „Arbeitskreis von Theologiestudenten der Theologischen Ausbildungsstätten in der DDR“ mitgearbeitet und wurden der illegalen Gruppenbildung und der Vorbereitung „konterrevolutionärer Aktionen“ beschuldigt (ebd., S. 202).

⁵² Vgl. Gabriel, *Die Theologische Fakultät*, 1985, S. 606–608. Gabriel lobt, dass die Wahl von Bischof Scharf als Bildung des „Brückenkopf[s] einer flexibel vorgetragenen Annexionspolitik seitens der BRD“ entlarvt, die „Annexionspolitik Israels“ verurteilt und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im Jahre 1968 mit der „Dringlichkeit“ von „Hilfsmaßnahmen“ gerechtfertigt wurde.

⁵³ Vgl. Hildebrandt, Bernd, „Wir alle mussten Kompromisse schließen“. Integrationsprobleme Theologischer Fakultäten an staatlichen Universitäten der DDR, in: *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR: Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien*, hrsg. v. Rendtorff, Trutz, Göttingen 1993, S.121–136. In der Diskussion zu diesem Vortrag hat Hildebrandt, der Assistent Hans-Georg Fritzsches in Berlin gewesen war, und dann Professor für Systematische Theologie in Greifswald wurde, erklärt: Der „Virus, der in Berlin grassierte“, ist „von der Art gewesen, daß die anderen Sektionen beizeiten Abwehrmaßnahmen aufgebaut haben“, (ebd., S. 142). Ihm assistierte Kurt Nowak: „In der Lehre hat Leipzig (...) nie Restriktionen erlebt und Auflagen erhalten“ (ebd., S. 144).

allen Mitgliedern des Lehrkörpers verabschiedet wurde. Es klingt in seinem ersten Teil wie die Anweisung für einen FDJ-Funktionär und in seinem zweiten wie die Karikatur eines Pfarrers.⁵⁴ Dieses „Absolventenbild“ ist nach ernststen Protesten aus dem Raum der Kirche heraus zwar öffentlich nicht mehr verbreitet worden, war aber (auch wenn es zwischenzeitlich Modifikationen erfuhr) bis 1989 in Geltung.⁵⁵

Die Sektionsgründung und das Profil des Sprachenkonvikts

Am 25. 3. 1971 wurde im Senatssaal der Humboldt-Universität feierlich die Berliner Sektion Theologie gegründet. Die Theologie verlor damit ihren Fakultätsstatus, d. h. den Status einer *sich selbst* nach wissenschaftlichen Erfordernissen und ihren Ausbildungsaufgaben für die Kirche organisierenden Einrichtung in der Universität. „Akademische Freiheit“ sollte es nicht mehr geben. Demokratische Meinungsbildung galt als zu beseitigender „formaler Parlamentarismus“. „Studentische Selbstverwaltung“ wurde ausgeschlossen.⁵⁶ Die Grundidee für eine Sektion Theologie war, dass sie die Vorstellungen, die sich Partei, Regierung und Universitätsleitung von einem Theologiestudium gebildet hatten, durchsetzen sollte. Die Schwierigkeit war nur, dass sich dieses Anliegen keiner der Fakultäten der sozialistischen Universität zuordnen ließ. Dieses Problem wurde so gelöst, dass dem „Sektionsdirektor“, in dessen Person als „sozialistischer Einzelleiter“ die ganze Sektion konzentriert war,

⁵⁴ Vgl. Zur Geschichte der Theologischen Fakultät, 1985, S. 609f. Es heißt dort: „Der Absolvent der Sektion Theologie fühlt sich mit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, der ersten wahrhaft menschlichen Gesellschaftsordnung in der Geschichte, fest verbunden. (...) Er hat erkannt, daß der Imperialismus der erwiesene Feind von Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt in unserer Epoche ist. Er hat aus der Geschichte gelernt, daß sich nur die Arbeiterklasse konsequent für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt eingesetzt hat und einsetzt. Von daher ist ihm klar, daß der Sozialismus nur dort verwirklicht wird, wo die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit allen Werktätigen durch ihre marxistisch-leninistische Partei die Gesellschaft führt. (...) Er studiert nach Abschluß seiner Hochschulausbildung intensiv die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, um sich einen begründeten parteilichen Standpunkt in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ständig neu erarbeiten zu können. Dies befähigt ihn, seinen Gemeindegliedern (...) auf ihrem Wege in der sozialistischen Menschengemeinschaft zu helfen und dem Mißbrauch von Kirche und Theologie durch die imperialistische Globalstrategie, insbesondere der Verbreitung antikommunistischer Parolen und konvergenztheoretischer Spekulationen wirksam entgegenzutreten. Im gesellschaftlichen Engagement für den Sozialismus wird er seiner Gemeinde ein Beispiel geben.“ Es folgt dann eine Aufzählung von Kenntnissen und Fertigkeiten, die im engeren Sinne zur Theologie und Gemeindegemeinschaft gehören. Das Alles ist freilich zurückbezogen auf die ersten Aussagen und gipfelt in dem schönen Satz: „Vor innerkirchlichen Anfeindungen, die ihn deshalb treffen könnten, schreckt er nicht zurück!“

⁵⁵ Das „Absolventenbild“ war die Richtlinie für die Theologenausbildung und nahm darum wörtliche Formulierungen auf, welche sich in der „Führungskonzeption der Veränderung der Theologischen Fakultät“ des Rektors der HUB vom 21. 1. 1970 finden (vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR [SAPMO], IV B2/9.02/645).

⁵⁶ Vgl. ebd.

die Funktion eines „Dekans“ im Wissenschaftlichen Rat der Universität zuerkannt wurde. Durch diese Einbindung der Sektion Theologie in die Leitungsstruktur der Universität konnte einer Kommission der Sektion Theologie auch die „Durchführung von Promotionen“ übertragen werden.⁵⁷

Formal gesehen entsprachen die Strukturen, in welche die Sektion Theologie jetzt eingepasst wurde, den Standards der 3. Hochschulreform für alle Sektionen. Schon vor der offiziellen Sektionsgründung wurde Dekan Karl-Heinz Bernhardt am 1. 9. 1970 als Sektionsdirektor und seine Stellvertreter Heinrich Fink (Erziehung und Ausbildung) sowie Hans-Dieter Döpmann (Forschung) eingesetzt. Die Instrumente sozialistischer Leitung wie die „Dienstbesprechung“, der „Sektionsrat“, die Vollversammlung und die diversen „Kommissionen“ wurden installiert. Das alles war von scharfen Auseinandersetzungen zwischen den beiden geschilderten „Fraktionen“ begleitet. Z. B. gelang es der CDU-Gruppierung nicht, durchzusetzen, dass mehr als drei Professoren dem Sektionsrat angehörten. Außerdem gewann sie keinen nennenswerten Einfluss auf die FDJ, deren Funktionären in den Gremien der Sektion eine große Bedeutung zugebracht war. Hans-Hinrich Jansen versuchte deshalb, seinen politischen Einfluss auf die Studierenden durch die Gründung einer Gruppe der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ geltend zu machen.⁵⁸ Im Übrigen zählt es zu den Merkwürdigkeiten dieser Sektion, dass sich unter dem Einfluss der Müllers eine kleine FDJ-Zelle *im Verborgenen* gegründet hatte, die um ihrer ideologischen Reinheit willen gar keine große Mitgliedschaft haben wollte, dafür aber umso aggressiver in den Sektionsgremien auftrat. Unterstützung erfuhr sie durch den seit 1968 für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium zuständigen Dozenten Hinrich Römer (IM „Tiber“). Er hat sich in abschreckender Weise für die Durchsetzung der politischen und weltanschaulichen Vorgaben für die Sektion stark gemacht. Das war auf Grund der Abwehrreaktionen, die er hervorrief, selbst der SED zu viel. Sie hat ihn im Oktober 1971 wieder durch Helmut Dressler alias IM „Harry“ ersetzt.

Für das Studium brachte die Umwandlung der Fakultät in eine Sektion wichtige Veränderungen mit sich. Den Studienjahren wurde für die Dauer des Studiums je ein „Studienjahresleiter“ verordnet, der das, was sich in ihnen zutrug, zu bestimmen und zu kontrollieren hatte und der dem Sektionsdirektor rechenschaftspflichtig war. „Parallelvorlesungen“, welche Studierende herausfordern, sich aufgrund unterschiedlicher Positionen der Lehrenden eine eigene Meinung zu bilden, wurden verboten. Zweitstudien waren nicht möglich. Ein einheitlicher Studienplan für alle Sektionen Theologie in der DDR sollte gewährleisten,

⁵⁷ Vgl. ebd.

⁵⁸ Vgl. die Selbstdarstellung dieser Aktivität von Jansen, Hans-Hinrich, Von aktiver politischer Tätigkeit überdeckte Distanz, in: Spuren in der Vergangenheit – Begegnungen in der Gegenwart. Glauben, Lehren und Leben in orthodoxen, altorientalischen und evangelischen Kirchen. Festschrift für Hans-Dieter Döpmann, hrsg. v. Gaede, Katharina, Berlin 1999, S. 92–99.

dass die spezifischen theologischen Erfordernisse in den Rahmen der ideologischen Vorgaben für den Pfarrberuf im Sozialismus passten. Eine unter dem Vorsitz von Karl-Heinz Bernhardt eingesetzte Kommission aller Sektionen arbeitete jahrelang an einem solchen Studienplan. Sie kam schließlich 1975 zu einem Ergebnis, das summa summarum gegenüber einem herkömmlichen Theologiestudium gar nicht viel Neues enthielt. Denn der Fünf-Fächer-Kanon eines herkömmlichen Theologiestudiums zuzüglich der Spezialgebiete stellte ein Eigengewicht mit einem Potenzial dar, das den Versuch seiner Zügelung wie etwas Äußerliches, Aufgesetztes erscheinen ließ. Viele, die meisten Studierenden haben es so gesehen. Man konnte deshalb, wenn man die Rahmenbedingungen des Studiums – so weit das ging – für sich selbst zu relativieren vermochte, an der Berliner Sektion tatsächlich ordentlich Theologie studieren.

Die Berlin-Brandenburgische Landeskirche hat es auch so gesehen und von einem Studium an der Berliner Sektion Theologie offiziell nicht abgeraten. Die Einführung des diakonischen Praktikums und des Gemeindepraktikums signalisierte ihr wie die Einladung des Bischofs zum Zuhören bei „Hauptprüfungen“ zudem, dass die Sektion Theologie ihre Ausbildungsaufgabe im Kontakt mit der Kirche wahrnehmen wollte. Die „Ordnung der Beziehungen zwischen der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin und den Kirchen“ vom 1. 3. 1971, in der das festgelegt wurde⁵⁹, ist ansonsten freilich eher ein Dokument der ängstlichen Scheu vor Berührungen mit der Kirche. Dass die Kirche ihrerseits ein Theologiestudium nicht von den Bedingungen abhängig machen konnte, an die es die Sektion Theologie band, versteht sich von selbst. In einem Kirchenleitungsbericht auf der Synode vom 7. bis 11. 5. 1971 wurde darum unterstrichen, dass das Sprachenkonvikt notwendig bleibt, solange das Theologiestudium in solche Vorgaben gezwängt werden soll, wie sie im „Absolventenbild“ zum Ausdruck kamen.⁶⁰

Es entstand deshalb in Berlin die einigermaßen paradoxe Situation, dass die Universität die seit ihren Gründungsjahren durch Friedrich Schleiermacher entwickelte Vorstellung von einer Theologischen Fakultät beerdigte und stattdessen eine kirchliche Einrichtung großen Wert darauf legte, sich wie eine Fakultät an der Universität zu profilieren. Insbesondere Eberhard Jüngel hat dafür gesorgt, dass bei aller Bezogenheit auf die Kirche die akademische Freiheit des Forschens, Denkens, Lehrens und Lernens zur Selbstverständlichkeit für alle wurde, die an dieser „illegalen“ Hochschule wirkten.⁶¹ Theologisch lag dem kein eigens für diese Hochschule entwickeltes „Programm“ zu Grunde. Forschung und Ausbildung vollzogen sich vielmehr selbstverständlich in der Teilnahme am wissenschaftlichen Diskurs in ganz Deutschland und im internationalen Raum. Dafür sorgte nicht zuletzt der

⁵⁹ Vgl. Universitätsarchiv der Humboldt-Universität (UAHU), Rektorat 838.

⁶⁰ Vgl. SAPMO, DY, 30 IV/A2/14/20.

⁶¹ Vgl. Eberhard Jüngel, *Die Freiheit der Theologie*, ThSt 88, Zürich 1967.

Aufbau einer Bibliothek, die – auf weithin abenteuerliche Weise – auf den jeweils neuesten Stand der Forschung „jenseits der Mauer“ gebracht wurde. Außerdem konnte der wissenschaftliche Kontakt zur Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf auch unter den Bedingungen der „Mauer“ aufrechterhalten werden. Es wurde später regelrecht eine einmal im Semester stattfindende „Sozietät“ beider Kollegien eingerichtet.

So nimmt es nicht Wunder, dass die in den sechziger Jahren von der Auseinandersetzung zwischen Karl Barth und Rudolf Bultmann geprägte Diskussion um die „existenziale Interpretation“ und die „Entmythologisierung“ biblischer Texte auch am Sprachenkonvikt eine wichtige Rolle spielte. Eberhard Jüngel und Christoph Demke stammten als Schüler von Ernst Fuchs aus der „Bultmann-Schule“, waren aber durch Heinrich Vogel und Helmut Gollwitzer, der an der Freien Universität Berlin lehrte, zugleich durch Karl Barth geprägt. Jüngel hat sich sowohl mit seinen exegetischen wie mit seinen systematisch-theologischen Leistungen⁶² um die Überwindung unfruchtbarer Alternativen in diesem Streit sehr verdient gemacht. Er wurde aufgrund dessen im Alter von 31 Jahren auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie an die Theologische Fakultät Zürich berufen. Entgegen ihren Zusagen verwehrten ihm die DDR-Behörden bei seiner Berufung nach Tübingen 1970 die beabsichtigte Rückkehr in die DDR. Sein theologisches Anliegen, sowohl den freien Grund von Kirche und Theologie im „Worte Gottes“ zur Geltung zu bringen, wie das biblische Zeugnis davon dem Verstehen von Menschen zu erschließen, die dem Staatsatheismus ausgesetzt waren, blieb jedoch bei seinen Schülern lebendig. Im Übrigen war das Sprachenkonvikt in dieser Zeit so aufgestellt, dass es in allen Fächern für eine freie, qualifizierte, wissenschaftlich-theologische Forschung und Ausbildung, die immer mehr auch jenseits der DDR bekannt und geschätzt wurde, mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Positionen gut stand. Ilse von Loewenclau, Günther Morawe und Gottfried Quell im Alten Testament, Christoph Demke und Wilhelm von Rhoden im Neuen Testament, Rudolf Mau und Joachim Rogge in der Kirchengeschichte, Ulrich Kühn und sein Nachfolger Ingo Klär in der Systematischen Theologie sowie Jürgen Henkys und Friedrich Winter in der Praktischen Theologie haben das Profil des Sprachenkonvikts als Stätte freien wissenschaftlichen Austausches und situationsbezogener Lehre entscheidend befördert.

⁶² Vgl. Jüngel, Eberhard, Paulus und Jesus. Eine Untersuchung der Frage nach dem Ursprung der Christologie, Tübingen 1962 sowie ders., Gottes Sein ist im Werden. Verantwortliche Rede vom Sein Gottes bei Karl Barth. Eine Paraphrase, Tübingen 1965.

1971–1989: Der Weg in die Akzeptanz zweier Wege theologischer Hochschulausbildung

Verschärfter „Klassenkampf“

Das Jahr 1971 stand für die Kirche von Seiten der SED unter keinem guten Stern. Erich Honecker löste am 3. 5. 1971 Walter Ulbricht als 1. Sekretär des ZK der SED ab. Ulbrichts Vorstellung von einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“ setzte der 8. Parteitag der SED vom 15.–19. 6. 1971 die Notwendigkeit entgegen, den Klassenkampfcharakter der marxistisch-leninistischen Weltanschauung in der Praxis zu intensivieren. Das implizierte auch die Absicht, „stärker und in vielfältiger Weise“ den atheistischen Charakter dieser Weltanschauung zur Geltung zu bringen.⁶³ Für die Sektion Theologie aber bedeutete diese Parteilinie, dass die CDU-Gruppierung wieder stärker unter Druck geriet. Für einen schärferen Kurs im Sinne der SED sorgte seit November 1971 im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF)⁶⁴ Jürgen Janott (IM „Student“). Die „Müller-Fraktion“ fühlte sich dadurch ermutigt, noch offensiver zu werden. Ermittlungsverfahren über Vorlesungen, Predigten, Andachten, Adventsfeiern, Beurteilungen von Examensarbeiten, etc., die zu elenden Auseinandersetzungen führten, wurden vom Zaune gebrochen.⁶⁵ Einen traurigen Höhepunkt stellte in dieser Hinsicht die Denunziation des Dozenten Günther Baumbach dar.⁶⁶ Ein Student hatte dem Vorsitzenden der Grundorganisationsleitung (GOL) der FDJ, Dieter Kraft, von einem „offenen Abend“ am 18. 4. 1974 im Hause von Baumbach berichtet, in dem „negativ“ über die NVA diskutiert und Kritik an den Verhältnissen an der Sektion geübt worden war. Besonders wurde in diesem Bericht der Satz eines Studenten hervorgehoben, „die Arbeiter hätten nur Flüche für diesen Staat.“ Der von Kraft informierte Hanfried Müller ließ daraufhin ein Verlaufsprotokoll des Gesprächs im Hause Baumbach anfertigen, das er dem ZK der SED, dem MfS und der Universitätsleitung zukommen ließ. Die beklemmenden Verhöre, die das für Baumbach und für die betroffenen Studierenden zur Folge hatte, sind ebenso wie die „Auswertungen“ des Vorgangs in den Gremien der Sektion ein Lehrstück für Aus

⁶³ Vgl. hierzu Heise, Joachim, „... die Arbeit auf dem Gebiet des Atheismus intensivieren und qualifizieren.“ Zum Wandel in der atheistischen Propaganda und Lehre in der DDR von den Anfängen bis Ende der siebziger Jahre, in: „Und führe uns nicht in Versuchung ...“. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, hrsg. v. Dähn, Horst/Gotschlich, Helga, Berlin 1989, S. 150–167.

⁶⁴ Das SHF war 1967 in ein Ministerium umgewandelt worden. Zu Janotts Aktivitäten, die zu wiederholten Beschwerden aus den Theologie-Sektionen führten, vgl. Besier, Gerhard, „Politische Reifeprozesse“. Zum Engagement des MfS an den theologischen Fakultäten bzw. Sektionen, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hrsg. v. Vollnhals, Clemens, Berlin 1996, S. 286–292.

⁶⁵ Vgl. die Schilderungen bei Jenssen, Wegsuche in vermintem Gelände, S. 400f., 417–422, 431–446.

⁶⁶ Vgl. hierzu die Dokumente und Berichte bei Linke, Theologiestudenten, 1994, S. 351–372; vgl. auch Jenssen, Wegsuche in vermintem Gelände, S. 422–431.

wüchse von menschenverachtender Gesinnungsschnüffelei. Für Baumbach aber hatte sich damit die von der CDU-Seite erstrebte Beförderung zum Professor erledigt. Der hauptbeschuldigte Student floh in den Westen.

Die politischen Einstellungen der Studierenden blieben jedoch auch in der Folgezeit wie ehemals das Grundproblem für die Absichten ihrer sozialistischen Erziehung. Zwar nahmen nicht wenige an den „FDJ-Jugendobjekten“ und an den „Wettbewerben“ teil, die den einzelnen Studienjahren verordnet wurden. Aber da Arbeiten zu Themen wie „Theologie und Antikommunismus“ (1975/76) oder „Frieden und Revolution“ (1977/78) auch als Seminararbeiten anerkannt wurden, war das Anfertigen solcher Arbeiten faktisch kein besonderer Ausweis sozialistischen Bewusstseins. In einer MfS-Information über die Situation an der Sektion Theologie vom 28. 3. 1977 wird die politische Erziehungsarbeit durch den Lehrkörper denn auch als ein einziges Desaster dargestellt.⁶⁷ Unter den Studierenden würden sich die „reaktionären Kräfte sammeln“. Hingegen seien die „progressiven Kräfte“ im Lehrkörper zwar „in der Überzahl“. Aber ihnen wird angelastet, dass sie sich „durch persönliche Streitereien und Intrigen soweit paralysieren, daß (...) die positive Wirkung nahe Null ist“⁶⁸. Sektionsdirektor Bernhardt (IM „Jäger“), IM „Michael“ (Dieter Kraft) und IM „Bersarin“ (Horst Willenberg) sollten darum „verstärkt zu orientieren“ sein, diese Situation zu ändern und besonders auf das Studentenwohnheim Johanneum Einfluss zu nehmen. Die Diskussionen unter den Studierenden über die Konsequenzen der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki für die Menschenrechtssituation in diesem Lande, über die Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz, die Ausbürgerung von Wolf Biermann im Jahre 1976 und die Einführung des Wehrkundeunterrichts im Jahre 1978 waren freilich mit diesen Maßnahmen nicht zu unterdrücken.

Das Sprachenkonvikt in den siebziger Jahren

Natürlich spielten Diskussionen der eben geschilderten Art auch im Sprachenkonvikt eine erhebliche Rolle – und nicht nur die Diskussionen. Studierende nahmen das aus der Schlussakte von Helsinki abgeleitete Recht für sich in Anspruch, Anträge auf Ausreise aus der DDR zu stellen. Als die Zahl solcher Ausreiseanträge gegen Ende des Jahres 1975 sprunghaft anstieg, sah sich die Leitung des Sprachenkonvikts von Seiten der Behörden dem Vorwurf ausgesetzt, „Drehscheibe“ für die Ausreise in den Westen zu sein.⁶⁹ Es wurde darum der Beschluss gefasst, alle Studierenden eine Verpflichtungserklärung unterschreiben zu lassen,

⁶⁷ Vgl. das Dokument bei Linke, Theologiestudenten, 1994, S. 377–379.

⁶⁸ Ebd., S. 378.

⁶⁹ Vgl. hierzu die Darstellung bei Winter, Friedrich, Die politischen Beziehungen des „Sprachenkonvikts“ in Berlin. Abhängigkeit und Freiheit (Evangelisches Zentralarchiv [EZA], Z 1504-62, S. 16).

die besagte, dass sie ihr Studium als Ausbildung für den Pfarrerberuf in der DDR betrachten. Wer einen Ausreiseantrag stellte, wurde darum – außer bei evidenten Fällen von Familienzusammenführung – exmatrikuliert. Gasthörerschaft war damit nicht ausgeschlossen. Eine solche Konzession an die staatliche Machtausübung hat viel Kritik erfahren. Aber man muss bedenken, dass diese theologische Ausbildungsstätte nach wie vor als Zentrum „reaktionärer Kräfte und feindlicher Ideologie“ galt.⁷⁰ Schon viel harmlosere Anlässe wie ein „Kerzenmarsch“ der Studierenden oder eine lustig gemeinte Hochzeit in Barockkleidern reichten⁷¹, um eine Drohkulisse aufzubauen, der unter der Perspektive der Unabsehbarkeit real-sozialistischer Herrschaft irgendwie Rechnung zu tragen war.

Zur „feindlichen Ideologie“ zählte im Verlauf der siebziger Jahre vor allem die Öffnung von Teilen westdeutscher Theologie für den Neo-Marxismus und damit für Formen politischer Theologie, die in „revisionistischer“ Weise auf den „Sozialismus“ abzielten. Die Namen von Jürgen Moltmann, Dorothee Soelle oder Helmut Gollwitzer durften darum z. B. in Veröffentlichungen nicht erwähnt werden. Am Sprachenkonvikt aber waren sie wie auch die Publikationen von Ernst Bloch oder Milan Machoveč in Vorlesungen und Seminaren präsent. Die Beschäftigung mit ihrem Verständnis des Sozialismus hat einerseits die Vorstellungen von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ belebt, dem in der Realität 1968 in Prag ein Ende bereitet worden war. Es ist kein Zufall, dass diese Vorstellungen, die in westlichen Publikationen begegneten und in der DDR rezipiert wurden, bis hin zur „friedlichen Revolution“ und nach der „Wende“ in der Kirche eine ziemlich große Rolle gespielt haben. Auf der anderen Seite lösten die theologischen Berufungen auf Karl Marx und Lenin und der Ruf nach einer „Revolution“ in der Bundesrepublik, wie er im Gefolge der „Studentenbewegung“ von 1968 z. B. von Helmut Gollwitzer am Institut für Theologie der Freien Universität Berlin laut wurde⁷², auch Kopfschütteln und Unverständnis aus. Als ein Schüler von Gollwitzer, Friedrich-Wilhelm Marquardt, in seiner von der Kirchlichen Hochschule in Zehlendorf abgelehnten Habilitationsschrift über „Theologie und Sozialismus“ Karl Barth für dergleichen in Anspruch nahm⁷³, widerlegte der Assistent und spätere Dozent am Sprachenkonvikt, Michael Jacob, das auf scharfsinnige und eigentlich vernichtende Weise.⁷⁴ Das ist sicherlich auch ein Grund, warum das FU-Institut in der DDR-Zeit den Kontakt zum Sprachenkonvikt gemieden, aber den zur Sektion gesucht hat.

⁷⁰ So in einer Information der AG Kirchenfragen beim ZK der SED v. 17. 12. 1976 (Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung [IfGA], Zentrales Parteiarchiv [ZPA] IV B2/14/139).

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. Gollwitzer, Helmut, *Umkehr und Revolution. Aufsätze zu christlichem Glauben und Marxismus*, Bde. 1 u. 2, hrsg. v. Keller, Christian (Ausgewählte Werke, Bde. 6 u. 7), München 1988.

⁷³ Vgl. Marquardt, Friedrich-Wilhelm, *Theologie und Sozialismus. Das Beispiel Karl Barths*, München 1971.

⁷⁴ Jacob, Michael, ... noch einmal mit dem Anfang anfangen ... Antibarbarus zur Methode der Barthinterpretation, in: *Evangelische Theologie (EvTh)* 32 (1972), S. 606–624.

Währenddessen hat sich das Sprachenkonvikt des Ansinnens der Staatsmacht zu erwehren, eine Marxismus-Leninismus-Ausbildung durch Staatsvertreter zu installieren. Ein Hinweis am schwarzen Brett, dass sich die Studierenden darüber in der Volkshochschule informieren können, war das äußerste Zugeständnis, das gemacht wurde. Im Übrigen sorgte das Sprachenkonvikt selber für die Philosophieausbildung. 1977 wurde Richard Schröder auf die mit dem Katechetischen Oberseminar in Naumburg/Saale geteilte Philosophische Dozentur berufen. Schröder interpretierte nicht nur Marx und Lenin selbst, sondern ließ den Studierenden eine in der DDR einzigartige philosophische Bildung zuteil werden.⁷⁵ Auf seine Berufung konnte der Staat ebenso wenig Einfluss nehmen wie auf die anderen, die in den siebziger Jahren nötig wurden. Christian Wolff (1972) und Martin Behnisch (1979) wurden auf die neutestamentlichen Lehrstühle berufen. Wolf Krötke (1973) und Michael Jacob (1978) – die beiden ersten im Kollegium, welche am Sprachenkonvikt ihre wissenschaftlichen Qualifikationen erworben hatten – vertraten jetzt die Systematische Theologie. Günter Krusche (1974) kam in der Praktischen Theologie und Wolfgang Ullmann (1978) in der Kirchengeschichte hinzu. Was aber die Studierenden betrifft, so schützte sie eine Schweigeerklärung, die sie zum Ärger des MfS bei ihrer Immatrikulation zu unterschreiben hatten und auf die sie sich bei Anwerbungsversuchen berufen konnten.⁷⁶ Zu starken Erschütterungen führte dagegen 1982 die Verhaftung von Ephorus Gerhard Lorenz. Er hatte, um dringend nötige Bauaufgaben durchzuführen, westliche Spendengelder in Ostmark umgetauscht und wurde nach mehrmonatiger Untersuchungshaft schließlich „frei gekauft“ und samt seiner Familie in die Bundesrepublik abgeschoben.⁷⁷

Theologie in der Baracke

Der Sektion Theologie brachten die siebziger Jahre indessen eine für ihr äußerliches Erscheinungsbild einschneidende Veränderung. Sie wurde 1975 in eine schäbige Baracke in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße verlegt. Die Bibliothek kam in die dafür ungeeignete Kirche Johann Evangelist in der Auguststraße. Der Anlass dazu war der Beginn des Wiederaufbaus des Berliner Doms. Sektionsdirektor Bernhardt willigte außerdem ein, dass die beiden repräsentativen Dekanatsräume 1042 und 1043 im Parterre des Hauptgebäudes aufgegeben wurden. Dergleichen hat die Sektionsleitung aber nicht gehindert, die Wohl-

⁷⁵ Beispiele dafür siehe bei Schröder, Richard, Denken im Zwielicht. Aufsätze und Vorträge aus der Alten DDR, Tübingen 1990.

⁷⁶ Für die ganze Zeit des Sprachenkonvikts sind sechs Fälle geglückter Anwerbung von Studierenden bekannt. Leider aber hat sich Günter Krusche auf geheime Gespräche mit einem MfS-Offizier eingelassen und wurde als IM „Günter“ geführt, hat aber wenig über das Sprachenkonvikt berichtet; vgl. Winter, Die politischen Beziehungen des „Sprachenkonvikts“, S. 9.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 8.

taten der Regierung in den höchsten Tönen zu preisen. Ilse Bertinetti – unterdessen zum „stellvertretenden Direktor“ für Erziehung und Ausbildung in der Nachfolge von Heinrich Fink avanciert – veröffentlichte zum 30. Jahrestag der DDR im Oktober 1979 im „Standpunkt“ ein „politisches Bekenntnis“, das den Titel trug: „Die Deutsche Demokratische Republik – unser Staat, den wir lieben“.⁷⁸

„Liebe“ war jedoch gewiss nicht das, was von diesem Staatswesen auf die Sektion Theologie abfärbte. Das war vielmehr seine Machtpolitik. Ein markantes Beispiel dafür ist die Installation Heinrich Finks als Sektionsdirektor und Nachfolger von Karl-Heinz Bernhardt. Fink musste, um in diese Position zu kommen, zunächst einmal Professor werden und also seine „Promotion B“ in der Praktischen Theologie abschließen. Doch damit haperte es. Er legte nach jahrelangen Verzögerungen eine Arbeit über „Karl Barth und die Bewegung freies Deutschland in der Schweiz“ vor, die mit der Praktischen Theologie nichts zu tun hatte. Die Sektionsgewerkschaftsleitung (SGL) legte gegen das ganze Verfahren, an dem kein Fachvertreter der Praktischen Theologie beteiligt war, wie gegen die Ernennung Finks zum Professor für Praktische Theologie Einspruch ein.⁷⁹ Das war vergeblich. Fink wurde am 1. 9. 1979 ordentlicher Professor und am 1. 3. 1980 Sektionsdirektor. Ihm zur Seite gestellt war schon vom 1. 12. 1978 an Carl-Jürgen Kaltenborn als stellvertretender Direktor für Erziehung und Ausbildung. Er hatte sich mit einer Arbeit über „Nützliche Gewalt“ die Promotion B erworben und wurde am 1. 2. 1979 Dozent für Ökumenik. Ansonsten waren die Veränderungen im Lehrkörper für die vorhandenen Personal-Konstellationen nicht gravierend. Ilse Bertinetti wurde am 1. 2. 1973 Dozentin für Systematische Theologie und Karl-Wolfgang Tröger am 1. 2. 1980 Dozent für „Missionswissenschaft“.

Entkrampfungen

Als Heinrich Fink Sektionsdirektor wurde, hatte sich im Verhältnis von Staat und Kirche ein gewisser Klimawechsel gegenüber dem Anfang der siebziger Jahre vollzogen. Er verdankte sich u. a. dem „Spitzengespräch“ zwischen dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und Erich Honecker vom 6. 3. 1978. Dieses Gespräch hatte einige Erleichterungen für die kirchliche Arbeit zur Folge. Wesentlicher war jedoch, dass die Kirche fortan – jedenfalls offiziell – nicht mehr als Zielscheibe des „Klassenkampfes“ galt. Unter dem

⁷⁸ Standpunkt 9 (1979), S. 238.

⁷⁹ Vgl. die Texte der gewerkschaftlichen Stellungnahmen bei Jenssen, Wegsuche in vermintem Gelände, S. 483–491. Die Arbeit Finks kam im Übrigen unter Verschluss und war bis zum Ende der DDR nicht mehr zugänglich.

Dach der seit 1971 von beiden Seiten gebrauchten Formel „Kirche im Sozialismus“⁸⁰ war die DDR bereit, die Zugehörigkeit der Kirche zur sozialistischen Gesellschaft zu akzeptieren und mit ihr zu kooperieren. Jene Formel blieb zwar in der Kirche stark umstritten und wurde hier weithin anders verstanden, als sie die SED verstand.⁸¹ Bischof Albrecht Schönherr, seinerzeit Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, hat es im Nachhinein einen „Fehler“ genannt, „diese Formel gebraucht zu haben, ohne sie klar zu definieren“.⁸² Von Seiten der Kirche konnte sie nur bedeuten, dass die Kirche eine „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft“ sein wollte.⁸³ Von Seiten des Staates aber wurde in die Formel auch eine Bejahung der Ideologie des Sozialismus hinein gehört. Trotz dieser oder vielleicht gerade wegen dieser Unklarheit ermöglichte es der neue Ton im Verhältnis von Staat und Kirche, der in dieser Formel konzentriert war, dass sich die Kontakte der Sektion Theologie zur Kirche und damit zum Sprachenkonvikt belebten.

Einige Beispiele können das belegen. Aus Anlass des von der DDR groß gefeierten 500. Geburtstages des neu entdeckten Martin Luther im Jahre 1983 arbeiteten Wissenschaftler aus den theologischen und historischen Sektionen sowie den Theologischen Ausbildungsstätten eng und mit bemerkenswerten Ergebnissen zusammen.⁸⁴ Das schon davor begonnene „Handbuch der Praktischen Theologie“⁸⁵ war wie der „Theologische Handkommentar zum Neuen Testament“ gleichfalls ein Produkt solcher Kooperation. Selbst Hanfried Müller und die Anhänger seiner Theologie-Konzeption fanden sich 1985 mit Theologen aus dem Raum der Kirche in einem Band mit „Bonhoeffer-Studien“ zusammen.⁸⁶ Teilweise arbeiteten sie auch in dem 1977 beim Bund der Evangelischen Kirche in der DDR gegründeten „Bonhoeffer-Komitee“ mit. Bischof Albrecht Schönherr und sein Nachfolger Gottfried Forck luden einmal im Semester die Kolleginnen und Kollegen von der Sektion

⁸⁰ Vgl. Thumser, Wolfgang, Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen Formel, Tübingen 1996.

⁸¹ Vgl. Schröder, Richard, Was kann „Kirche im Sozialismus“ sinnvoll heißen? (1989), in: ders., Zwielficht, 1990, S. 49–54.

⁸² Schönherr, ... aber die Zeit, 1993, S. 374.

⁸³ Ebd., S. 375; vgl. auch Stolpe, Manfred, Schwieriger Aufbruch, Berlin 1992, S. 99: Es ging „nicht um eine ideologische oder gar theologische Rechtfertigung dieses SED-Sozialismus, wohl aber um das volle Hineingehen in die uns vorgegebene Wirklichkeit dieser Gesellschaft“.

⁸⁴ Vgl. Mau, Rudolf, Der wissenschaftliche Ertrag des Lutherjahres, in: Kirchliches Jahrbuch 1983, Bilanz des Lutherjubiläums, Gütersloh 1985, S. 163–178; außerdem Junghans, Helmar (Hrsg.), Leben und Werk Martin Luthers von 1526–1546. Festgabe zu seinem 500. Geburtstag, Bde. 1 u. 2, Berlin 1983.

⁸⁵ Vgl. Handbuch der Praktischen Theologie, Bde. 1–3, Berlin 1975–1978 und Handbuch der Seelsorge, Berlin 1983.

⁸⁶ Vgl. Bonhoeffer-Studien. Beiträge zur Theologie und Wirkungsgeschichte Dietrich Bonhoeffers. Im Auftrag des Bonhoeffer-Komitees beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hrsg. v. Schönherr, Albrecht/Krötke, Wolf, Berlin 1985. Zu den Problemen, welche die Bonhoeffer-Rezeption in der DDR bereitete, vgl. Krötke, Wolf, Dietrich Bonhoeffer als „Theologe der DDR“ – ein kritischer Rückblick, in: ders., Die Kirche im Umbruch, 1994, S. 163–177.

und vom Sprachenkonvikt zu Gesprächen und zum wissenschaftlichen Austausch ein. An den Begegnungen von Fach-Wissenschaftlern aus Ost und West am Sprachenkonvikt und anderen Orten nahmen Kolleginnen und Kollegen der Kirchlichen Hochschulen und der Sektionen teil. Es war ein Interesse des Staates zu spüren, so etwas wie Liberalität des sozialistischen Systems gegenüber Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und Europa zu demonstrieren. Dem war auch der Umstand geschuldet, dass nicht nur den Angehörigen der Sektionen, sondern zunehmend auch Lehrern der Kirchlichen Hochschulen Reisen zu Kongressen und Vorträgen ins „westliche Ausland“ genehmigt wurden.

Umgekehrt konnten zu Gastvorlesungen, Kongressen und Symposien sowohl an der Sektion wie am Sprachenkonvikt jetzt unkomplizierter Kolleginnen und Kollegen „aus dem Westen“ eingeladen werden. Die Symposien, die z. B. 1984 aus Anlass des 150. Todestages von Friedrich Schleiermacher sowohl an der Sektion (29.–31. 10.) wie am Sprachenkonvikt (12.–14. 2.)⁸⁷ veranstaltet wurden, hatten dennoch ein ziemlich unterschiedliches Gesicht. Der Sektionsleitung war bei solchem Anlass daran gelegen, die Zuordnung der Theologie zur sozialistischen Ideologie hoffähig zu machen. Das gilt vor allem für das vom 7.–9. 5. 1985 aus Anlass des 40. Jahrestages der „Befreiung vom Faschismus“ veranstaltete Symposium „Antifaschistischer Widerstand von Christen in Europa“.⁸⁸ Auf der anderen Seite konnte das Symposium aus Anlass des 100. Geburtstages von Karl Barth, das vom 9.–11. 5. 1986 am Sprachenkonvikt mit Referenten aus Ost und West stattfand⁸⁹, ohne größere Probleme über die Bühne gehen.

Letzte Berufungen

Nicht nur auf die Außenbeziehungen der Sektion Theologie, sondern auch in ihrem Inneren wirkten sich die neuen Töne aus dem ZK der SED gewissermaßen besänftigend aus. Im MHF war unter ihrem Eindruck seit dem Herbst 1980 Berndt Winkler für die Theologischen Sektionen zuständig. Das war zwar ein „Offizier im besonderen Einsatz“, aber er hatte offenkundig die Direktive, mit den Sektionen Theologie moderater zu verfahren als sein Vorgänger. Man muss dem neuen Sektionsdirektor Heinrich Fink auch zubilligen, dass er versuchte, ausgleichend auf die verhärteten Fronten an der Sektion einzuwirken. Unter Finks Direktorat erhielten Hans-Dieter Döpmann eine Professur und der viel geprüfte Günther Baumbach sowie Ludwig Wächter jeweils eine außerordentliche Professur. Gerlinde

⁸⁷ Vgl. Jacob, Michael, „Kirchliches Interesse und wissenschaftlicher Geist“. Vom Schleiermacher-Gedenken am Sprachenkonvikt Berlin (DDR), in: Berliner Theologische Zeitschrift (BThZ) 1 (1984), S. 353–356.

⁸⁸ Vgl. zur politischen Inszenierung dieser Veranstaltung Besier, Reifeprozesse, 1996, S. 293–295.

⁸⁹ Vgl. Köckert, Heidelore/Krötke, Wolf (Hrsg.), Theologie als Christologie. Zum Leben und Werk Karl Barths. Ein Symposium, Berlin 1988.

Strohmeier-Wiederanders wurde Dozentin für „Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst“ und Karl-Wolfgang Tröger außerordentlicher Professor für „Missionswissenschaft“. Für das Fach Kirchengeschichte erreichte Fink 1983 die Berufung des CDU-verpflichteten Walter Bredendiek, der aber schon nach knapp einem Jahre seiner Wirksamkeit verstarb. Vom neuen Klima zeugte auch die Berufung von Joachim Rogge, der unterdessen Bischof der Görlitzer Landeskirche geworden war, zum Honorarprofessor – allerdings unter dem Gesichtspunkt, dass dies dem Sprachenkonvikt schade.

Am 29. 5. 1986 starb Hans-Georg Fritzsche, so dass sein systematischer Lehrstuhl zu besetzen war. Die Anregung von Hanfried Müller beim ZK der SED, den als Realsozialisten geschätzten Andreas Pangritz vom Institut für Theologie an der Freien Universität Berlin zu berufen, verlief im Sande.⁹⁰ Fink hat aber durchgesetzt, dass der Schüler von Hanfried Müller, Dieter Kraft, der von 1980–1984 bei der CFK in Prag tätig war, am 1. 2. 1984 gegen den wiederum lahm gesetzten Protest der SGL zum Dozenten für Systematische Theologie berufen und 1985 stellvertretender Direktor für Erziehung und Ausbildung wurde.⁹¹ Vor dem Mauerfall ist dann nur noch die Einsetzung der Müller-Schülerin Brigitte Kahl am 1. 2. 1989 zur Dozentin für Ökumenik zu registrieren.

Währenddessen war es auch im Lehrkörper des Sprachenkonvikts zu einigen Veränderungen gekommen. Die durch Pensionierung vakant gewordenen Lehrstühle für Altes Testament nahmen Matthias Köckert (1984) und Dieter Vieweger (1989) ein. Auf den praktisch-theologischen Lehrstuhl von Günter Krusche, der Generalsuperintendent von Berlin geworden war, wurde 1986 Harald Schultze (eigentlich ein Systematiker) berufen. 1989 löste Traugott Vogel, ein Schüler von Heinrich Vogel, Michael Jacob in der Systematischen Theologie ab. Niemand konnte damals ahnen, dass dies die letzten Berufungen am Sprachenkonvikt sein würden. Aber die Wandlungen, die sich seit Michael Gorbatschows Politik der „Perestroika“ im politischen Bewusstsein vieler Teile der DDR-Bevölkerung vollzogen, machten sich seit 1985 in zunehmender Weise sowohl an der Sektion wie am Sprachenkonvikt bemerkbar.

Die „Wende“

An der Sektion waren es fast ausschließlich die Studierenden, welche die Wandlungen im politischen Bewusstsein in den gewohnten Betrieb hinein trugen. Es gab z. B. schon 1985

⁹⁰ Vgl. Besier, Gerhard, *Der SED-Staat und die Kirche 1969–1980. Die Vision vom „Dritten Weg“*, Frankfurt a. M. 1995, S. 588f.

⁹¹ Schon um die Anerkennung von Krafts Promotion B („Theologie der Religionen“. Eine motivanalytische Kritik) hatte es unerfreuliche Auseinandersetzungen gegeben; vgl. Jenssen, *Wegsuche in vermintem Gelände*, S. 510–519.

Proteste gegen die Unterdrückung missliebiger Positionen.⁹² Eine Eingabe vom 20. 2. 1987 wandte sich im Namen des „Neuen Denkens“ gegen die Art und Weise der militärischen Ausbildung.⁹³ 1987 protestierten Studierende beim Generalstaatsanwalt gegen den Einsatz von Polizei und Stasi bei der Durchsuchung der Umweltbibliothek in der Zionskirche.⁹⁴ Ein aus Anlass des Vorgehens des Staates gegen Umwelt- und Menschenrechtsgruppen verfasster offener Brief vom Februar 1988 forderte durchgreifende gesellschaftliche Veränderungen.⁹⁵ Im Juni 1989 protestierten über 50 Studierende beim Botschafter der Volksrepublik China gegen die Massaker auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens.⁹⁶ Nach den Ereignissen beim 40. Jahrestag der DDR wurde am 9. 10. 1989 ein von 63 Studierenden unterzeichneter offener Brief verfasst, der die Gewaltanwendung gegenüber den Demonstranten verurteilte. Eine Woche später konstituierte sich eine unabhängige Studentenvertretung und berief eine Vollversammlung ein.⁹⁷

Das vielfältige Engagement von Studierenden und von einzelnen Dozenten des Sprachenkonvikts in jener Zeit für gesellschaftliche und politische Veränderungen in der DDR zu schildern, würde hier zu weit führen. Es gehört in die Geschichte der bürgerbewegten Opposition in der DDR. Die politisch nachhaltigste Wirkung zeitigte die Vorbereitung der Gründung der Ost-SPD (SDP) durch Markus Meckel und Martin Gutzeit, sowie die unter maßgeblicher Beteiligung von Wolfgang Ullmann erfolgte Gründung der Initiative „Demokratie jetzt“. „In den dramatischen Tagen des Oktober 1989 erschien das Sprachenkonvikt zeitweilig als ein Zentrum von Aktion und Konspiration“.⁹⁸ Als die Mauer gefallen war und die Zeit der „runden Tische“ anbrach, wurde Wolfgang Ullmann Minister „ohne Geschäftsbereich“ im Kabinett Modrow und nach der ersten freien Wahl in der DDR am 19. 3. 1990 Vizepräsident der Volkskammer. Er schied aus dem Lehramt aus. Richard Schröder dagegen ließ sich für sein Volkskammermandat nur beurlauben, wurde Fraktionsvorsitzender der SPD und kehrte nach der Auflösung der Volkskammer in sein Lehramt zurück.

Die auffälligste Veränderung, welche sich nach dem Mauerfall mit dem „Sprachenkonvikt“ vollzog, war, dass es sich auf Beschluss der Kirchenleitung vom Sommersemester 1990 an „Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg“ (KiHoBB) nannte und am 1. 9. 1990 von der Regierung der DDR als Hochschule anerkannt wurde. Deshalb konnten rückwirkend

⁹² Vgl. den MfS-Bericht über die „Wissenschaftliche Studentenkonferenz“ am 23. 4. 1985 (BStU ZA, HA XX/4, 312, Bll. 87–89).

⁹³ Vgl. den Text der Eingabe bei Jenssen, Wegsuche in vermintem Gelände, S. 537.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 545.

⁹⁵ Vgl. Linke, Theologiestudenten, 1994, S. 385–389.

⁹⁶ Das veranlasste selbst die GOL der FDJ, beim ZK der SED zu protestieren; vgl. Jenssen, Wegsuche in vermintem Gelände, S. 538–450.

⁹⁷ Vgl. Linke, Theologiestudenten, 1994, S. 393–397.

⁹⁸ Mau, Rudolf, Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt. Der Beitrag des „Sprachenkonvikts“ zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität, in: Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, hrsg. v. Pasternack, Peer, Berlin 1996, S. 210.

auch alle wissenschaftlichen Qualifikationen, die hier erworben wurden, als Dissertationen bzw. Habilitationen Anerkennung finden. Außerdem wurde den Dozenten am 18. 9. 1990 vom Minister für Bildung und Wissenschaft der Titel „Professor“ verliehen. Das aber geschah schon im Horizont der ins Auge gefassten Fusion mit der Theologischen Fakultät.

Die Fusionen von 1991 und 1993

*Die erste Fusion*⁹⁹

Nachdem die deutsche Vereinigung im Horizont stand, war klar, dass – abgesehen vom Institut für Theologie an der Freien Universität – die kleinste der drei Berliner Institutionen für die Theologische Hochschulausbildung sich nicht würde halten können. Auf den ersten Blick wäre es wohl naheliegend gewesen, eine Fusion mit der Kirchlichen Hochschule Berlin-Zehlendorf (KiHoB-Z) anzustreben. Aber es war ungewiss, ob und wie das zu realisieren sei. Deshalb wurde (nach Gesprächen im Vorfeld) der von der Theologischen Fakultät am 30. 5. 1990 unterbreitete Vorschlag einer Fusion von Theologischer Fakultät der Humboldt-Universität und KiHoBB aufgegriffen.

Den Sektionsstatus hatten die Theologen an der Universität unterdessen abgeschafft. Nachdem Sektionsdirektor Heinrich Fink am 3. 4. 1990 zum Rektor der Universität gewählt worden war¹⁰⁰, agierte Karl-Wolfgang Tröger als „Amtierender Dekan“ und der unterdessen zum Dozenten für Kirchengeschichte ernannte Hartmut Ludwig als „Amtierender Prodekan“. Am 9. 5. 1990 beschloss eine Vollversammlung das „Vorläufige Statut der Theologischen Fakultät“. Die erste Sitzung des neuen Fakultätsrates fand am 30. 5. 1990 statt. Hans-Dieter Döpmann wurde zum Dekan und der Oberassistent für Praktische Theologie, Karl-Heinz Bieritz, zum Prodekan gewählt. Auf der gleichen Sitzung kam es zum Beschluss, der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg den Vorschlag der Fusion mit der KiHoBB zu unterbreiten, um auf diese Weise einen „wirklichen Neuanfang zu wagen“.¹⁰¹ Als Gründe für diesen Vorschlag wurden die langsam intensivierten Beziehungen zwischen dem Lehrkörper und den Studierenden, die Vergleichbarkeit der Studienform, die (allerdings sehr erklärungsbedürftige) „gemeinsame Geschichte“ in der DDR und nicht zuletzt die räumliche Nähe beider Einrichtungen geltend gemacht. Was Letzteres betrifft, so war

⁹⁹ Vgl. zum Folgenden Mau, Rudolf, Der „Fachbereich Evangelische Theologie“ in Berlin. Die Fusion der Kirchlichen Hochschule Berlin-West und -Ost mit der der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität, in: *Informationes theologiae Europae. Internationales Ökumenisches Jahrbuch für Theologie*, hrsg. v. Nembach, Ulrich, Frankfurt a. M. 1995, S. 301–316.

¹⁰⁰ Vgl. die Schilderung dieses Vorgangs durch Heinrich Fink selbst bei Maleck, Heinrich Fink, 1992, S. 79–81.

¹⁰¹ So in einem Schreiben vom 30. 5. 1990 an Konsistorialpräsident Stolpe.

die Theologische Fakultät seit dem Februar 1989 in der Burgstraße 25 untergebracht und der Einzug der KiHoBB in den Berliner Dom stand bevor, so dass man sich dann gewissermaßen gegenseitig in die Fenster sehen konnte.

Nach der Einverständniserklärung von Regierung, Kirche und Universität mit dem Fusionsvorschlag ging dann alles ganz schnell. Die Verhandlungen auf den verschiedenen Ebenen wurden zügig geführt, so dass der Minister für Bildung und Wissenschaft am 17. 9. 1990 den Fusionsvertrag zwischen der Humboldt-Universität und der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg unterzeichnen konnte, der zum 1. 3. 1991 in Kraft trat. Am 8. April 1991 wurde das erste gemeinsame Semester in der Französischen Friedrichstadtkirche eröffnet. Das war angesichts der Geschichte, die beide Seiten in der DDR hinter sich hatten, alles andere als ein selbstverständlicher Vorgang. Denn hier wurde gewissermaßen der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Statt erst zu klären, was mit der Theologie an der Fakultät/Sektion in der DDR-Zeit geschehen war, begaben sich beide Seiten ohne solche Klärung auf den Weg eines „vorsichtigen Miteinanders“.¹⁰² Dabei sollte und musste sich erst herausstellen, welches Einverständnis der neun Professoren (Gerhard Bassarak, Herbert Trebs, Rosemarie Müller-Streisand und Hanfried Müller waren aufgrund ihrer Pensionierung nicht mehr dabei) und der acht Dozenten¹⁰³ der Theologischen Fakultät sowie der neun Professoren der KiHoBB¹⁰⁴ über diese Frage zu erzielen war. Der doppelte Verdacht stand im Raum, dass sich die KiHoBB entweder dazu hergebe, jene Geschichte zu verkleistern oder sich als Besserwisserin aufzuspielen. Atmosphärisch schuf das eine nicht ganz einfache Situation.

Trotzdem bleibt diese Fusion für die Fakultätsgeschichte ein bedeutsames Ereignis. Das Sprachenkonvikt wurde kurz nach der Gründung der DDR nötig, weil die Fakultät die freie, wissenschaftlich-theologische Wahrheitsverantwortung nicht mehr hinreichend garantierte. Am Ende der DDR erkannte die Universität an, dass das, was das Sprachenkonvikt geleistet hat, zu ihr gehörte. Umgekehrt wurde am Sprachenkonvikt gearbeitet, wie an einer Universität. Deshalb waren dort ein lebendiges Interesse am Geschick der Theologie an der Universität und damit die Bereitschaft vorhanden, am gewünschten Neuanfang mitzuwirken. In 40 Jahren der Umklammerung dieser Fakultät/Sektion durch die Macht eines sozialistischen und atheistischen Weltanschauungsstaates hatte das Ansehen der Theologie aufs Neue ziemlichen Schaden genommen. Es zeigte sich noch einmal, dass die Theologie ihr Gesicht und ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit verliert, wenn sie sich von Machtin-

¹⁰² Vgl. die Rede des Dekans anlässlich der Übernahme der Lehrräume im Berliner Dom vom 1. 10. 1991: „Die Theologische Fakultät im Wandel der Gesellschaft“, in: Krötke, Die Kirche im Umbruch, 1994, S. 264–267.

¹⁰³ Neben den erwähnten Dozenten wurden noch vor der Fusion Hans-Gebhard Bethge (Neues Testament), Käte Gaede (Kirchengeschichte) und Stephan Schreiner (Altes Testament und Judaistik) zu Dozenten berufen.

¹⁰⁴ Martin Behnisch, Jürgen Henkys, Matthias Köckert, Wolf Krötke, Rudolf Mau, Richard Schröder, Dieter Vieweger, Traugott Vogel, Christian Wolff.

teressen funktionalisieren lässt, die außerhalb der ihr durch die Beziehung auf die Kirche aufgegebenen Wahrheitsverantwortung liegen. Die Hoffnung war damals, dass alle, die in Zukunft einmal an dieser Fakultät lehren und lernen würden, sich *an diesem Ort* dessen bewusst sein möchten.

Zwischen den Fusionen

Als die beschriebene Fusion beschlossen wurde, war noch nicht klar, dass auch die KiHoB-Z danach strebte, mit der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu fusionieren. Diese KiHo hatte in West-Berlin Fakultätsstatus und wurde zu 70 % vom Staat mitfinanziert, weshalb es an der Freien Universität keine Theologische Fakultät gab, sondern nur das schon erwähnte Institut für Magisterstudiengänge und für die religionspädagogische Ausbildung. Nach der deutschen Vereinigung wurde aber zunehmend deutlich, dass es im Interesse von Politik und Kirche lag, die KiHoB-Z mit der Theologischen Fakultät zusammenzuführen. Eine weitere Fusion mit einer theologischen Institution in Berlin stand also im Blickfeld, als sich die neu zusammengesetzte Theologische Fakultät, an der jetzt 249 Studierende immatrikuliert waren, im Frühjahr 1991 auf den Weg machte. Sie wählte am 24. 4. 1991 mit Wolf Krötke einen aus der KiHoBB stammenden Theologen zum Dekan und Hans-Dieter Döpmann zum Prodekan. Sie brachte durch die am 1. 1. 1991 erfolgte Ernennung von Jürgen Henkys zum Universitätsprediger gegenüber der ganzen Universität zum Ausdruck, dass ihre Verpflichtung durch die Wissenschaft unlöslich mit ihrer Verpflichtung durch die Kirche verbunden ist.

Als dies alles geschah, arbeitete im Rahmen der unter dem Rektorat von Heinrich Fink angestrebten Selbsterneuerung der Universität noch eine „Personal- und Strukturkommission“ (PSK). Sie sah sich aber nicht in der Lage, die geforderten Bewertungen der „politischen und moralischen Integrität“ sowie der „fachlichen Qualifikation“ einzelner Personen abzugeben.¹⁰⁵ Die Arbeit der PSK blieb darum folgenlos. Dagegen versuchte eine im Wintersemester 1991/92 öffentlich und wöchentlich tagende Sozietät sowie eine der Verantwortung des Dekans zugeordnete Kommission die „Aufarbeitung“ der Vergangenheit in Angriff zu nehmen. Das war nur schwierig in Ruhe zu bewerkstelligen, als Rektor Heinrich Fink am 25. 11. 1991 vom Senator für Wissenschaft und Forschung gekündigt wurde. Ihm wurde angelastet, unter dem Decknamen „Heiner“ seit 1969 entgegen seiner Versicherung wissentlich als IM für das MfS tätig gewesen zu sein. Es ist hier nicht zu erörtern, inwieweit die unterdessen aufgefundene, sechs Bände umfassende IM-Akte „Heiner“ diesen Kündigungsgrund bestätigt. Die junge Theologische Fakultät stürzte die Kündigung Finks jedoch

¹⁰⁵ Schreiben der Vorsitzenden der PSK, Gerlinde Strohmaier-Wiederanders, v. 12. 6. 1991.

in eine ernste Zerreißprobe. Ein Teil des Lehrkörpers und der Studierenden beteiligten sich trotz der Aufforderung des Dekans, das zu unterlassen, am „Streik“ der Studierenden der Humboldt-Universität, die damit die Rücknahme der Kündigung Finks erzwingen wollten. Im erweiterten Fakultätsrat war am 2. 12. 1991 keine Einigung darüber zu erzielen, Heinrich Fink aufzufordern, sein Amt bis zur gerichtlichen Klärung der Vorwürfe gegen ihn ruhen zu lassen und das Geschick der Universität nicht an seine Person zu binden.

Für Beunruhigung und Anspannung sorgte aber auch, dass im Wintersemester 1991/92 die auf der Grundlage des Ergänzungsgesetzes zum BerLHG vom Mai 1991 eingesetzte „Struktur- und Berufungskommission“ (SBK) ihre Arbeit aufnahm. Sie evaluierte unter dem Vorsitz von Trutz Rendtorff (München) das gesamte wissenschaftliche Personal. Dabei waren ausschließlich wissenschaftliche Gesichtspunkte maßgebend. Im Ergebnis dessen veränderte sich das Gesicht der gerade konstituierten Fakultät noch einmal gravierend. Karl-Heinz Bernhardt ließ sich schon vor seiner Evaluierung vorzeitig pensionieren. Zwei Dozenten (Bieritz, Schreiner) zogen es vor, dem Ruf an andere Hochschulen zu folgen. Martin Behnisch und Traugott Vogel von der KiHoBB übernahmen verantwortliche Stellungen im kirchlichen Ausbildungswesen. Negative Evaluierungen hatten Kündigungen zur Folge. Manche Hoffnungen der Berufung auf eine Professur wurden enttäuscht. Am 27. 7. 1992 trugen der Vorsitzende der SBK und der Dekan die Berufungsvorschläge für zehn C4-¹⁰⁶ und drei C3-Professuren¹⁰⁷ im Akademischen Senat vor. Nach einer von Ressentiments gegen die Theologische Fakultät erfüllten Diskussion wurde in geheimer Abstimmung völlig willkürlich den meisten Vorschlägen die Zustimmung verweigert. Der Senator für Wissenschaft und Forschung sprach diese Berufungen dennoch aus.

Eine Rolle spielte bei diesem Vorgang auch, dass den Berufungsvorschlägen der SBK schon der Strukturplan für den „Fachbereich Theologie“ zugrunde lag, der im Hinblick auf das Hinzutreten der KiHoB-Z zur Theologischen Fakultät mit 22 Professuren und der ihnen zugeordneten wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterstellen Vielen viel zu opulent erschien. Von Seiten der Vorstellungen der damaligen politischen Instanzen in Berlin lag dem die Absicht zugrunde, die Theologische Fakultät der „Hauptstadt“ zur bedeutendsten Fakultät in Deutschland werden zu lassen. Die SBK arbeitete darum auch nach Abschluss der Evaluierungen weiter, um den Prozess der Fusion mit der KiHoB-Z zu befördern.

¹⁰⁶ Günther Baumbach, Hans-Dieter Döpman, Jürgen Henkys, Hans-Hinrich Jansen, Matthias Köckert, Wolf Krötke, Hans-Martin Schenke, Richard Schröder, Karl-Wolfgang Tröger, Christian Wolff.

¹⁰⁷ Hans-Gebhard Bethge, Gerlinde Strohmaier-Wiederanders, Dieter Vieweger. Letzterer nahm einen Ruf an die KiHo Wuppertal an.

Die zweite Fusion

Wenngleich politisch und universitätspolitisch die Weichen für das Aufgehen der KiHoB-Z in die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität gestellt waren, stand dem ein zunächst als unüberwindbar erscheinendes Hindernis im Wege. Es gab in der Universität keinen Ort für eine derartig große Fakultät. Sowohl in Zehlendorf wie an der Universität fanden deshalb starke Kräfte Beifall, welche die Theologische Fakultät auf dem Campus der KiHoB-Z am Rande Berlins ansiedeln wollten. Die Theologische Fakultät hat dem hartnäckig Widerstand geleistet, weil das praktisch eine Ausgliederung der Theologie aus der Universität bedeutet hätte. Es ist das Verdienst des ehemaligen Assistenten am Sprachenkonvikt und nachmaligen Pfarrers der Georgen-Parochialgemeinde, Hartmut Scheel, dass er der Universität angeboten hat, Räume dieser Gemeinde in der Waisenstraße für die Theologische Fakultät herzurichten und die Baukosten über die Miete der Humboldt-Universität abgelten zu lassen. So geschah es denn auch. Ohne diesen Einsatz für die Theologische Fa-



Abb. 2 Fusion der Theologischen Fakultät mit der Kirchlichen Hochschule Berlin-Zehlendorf am 1. Juni 1993 im Hörsaal der Theologischen Fakultät im Berliner Dom (erste Reihe von links nach rechts: Prof. Cilliers Breytenbach, Prof. Trutz Rendtorff [München], 1. Vizepräsident Prof. Hasso Hofmann, Senator Prof. Manfred Erhardt, Präsidentin Prof. Marlis Dürkop, Bischof Dr. Martin Kruse, Prof. Richard Schröder)

kultät wäre ihre folgende Geschichte gravierend anders verlaufen. Leider ließ sich aber ein Erweiterungsbau mit Vorlesungs- und Lehrräumen nicht mehr verwirklichen, so dass die Fakultät nun drei Standorte hatte: Burgstraße 25, Berliner Dom und Waisenstraße.

Der ausgehandelte 2. Fusionsvertrag wurde am 1. 6. 1993 vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und von Bischof Martin Kruse im Berliner Dom unterzeichnet. Die Universität trat diesem Vertrag durch die Unterschrift der Präsidentin Marlis Dürkop bei. Der „Fachbereich Evangelische Theologie an der Humboldt-Universität“ erfuhr dadurch eine staatskirchenrechtliche Verankerung, die für die Fakultät an der Universität bisher nicht bestand. Nach Artikel 1[2] des Vertrages ist dieser Fachbereich „die für die wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen bestehende evangelisch-theologische Fakultät im Sinne des Artikels 11 des Vertrages der Evangelischen Landeskirchen mit dem Freistaat Preußen vom 11. Mai 1931.“ Da ansonsten viele Bestimmungen des so genannten „Preußenvertrages“ aber gar nicht mehr zutrafen, verhandelten die Kirche und das Land Berlin jahrelang über einen neuen Staat-Kirche-Vertrag. Er wurde schließlich am 20. Juni 2006 unterzeichnet. Dieser „Evangelische Kirchenvertrag Berlin“ erneuert in Artikel 3 die Bestandsgarantie für die Theologische Fakultät an der Humboldt-Universität.

1993–2010: Einkehr in die Normalität einer Theologischen Fakultät in der Bundesrepublik Deutschland

Die große Theologische Fakultät

Die Fusion mit der KiHoB-Z stellte eine eminente Bereicherung des Ausbildungspotenzials und der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der Fakultät dar. Dafür sorgten nicht nur die elf hinzugekommenen Professoren¹⁰⁸, die zu ihnen gehörende wissenschaftliche Mitarbeiterschaft sowie Honorarprofessoren, Privatdozenten und Lektoren. An der Fakultät gab es jetzt zusätzlich zu den Lehrstühlen drei Institute: Das „Institut für Religionssoziologie und Gemeindeaufbau“ (Leiter: Klaus-Peter Jörns), das „Institut für Christentum und Antike“ (Leiter: Cilliers Breytenbach) sowie das An-„Institut Kirche und Judentum“ (Leiter: Peter von der Osten-Sacken). Durch dieses Institut wurde der Dialog mit dem Judentum ein wesentliches Anliegen der Theologischen Fakultät. Die „Sommeruniversitäten“ zogen zudem Studierende in großer Zahl aus ganz Deutschland und dem Ausland an. Der Forschung und der Lehre kam die der Universitätsbibliothek übereignete und auf dem neuesten Stand befindliche Bi-

¹⁰⁸ Heinrich Balz, Peter C. Bloth, Cilliers Breytenbach, Christoph Gestrich, Klaus-Peter Jörns, Rüdger Liwak, Peter von der Osten-Sacken, Kurt-Victor Selge, Peter Welten, Ulrich Wickert, Johannes Wirsching,

blibliothek der KiHoB-Z zugute, die in der Waisenstraße untergebracht wurde.¹⁰⁹ Die Berliner Theologische Zeitschrift (BThZ) wurde wissenschaftliches Organ der Fakultät. Die von einer Stiftung getragenen, interdisziplinären Werner-Reihlen-Vorlesungen wirkten in den universitären und öffentlichen Raum hinein. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hatte überdies eine Stiftungsprofessur zur Verfügung gestellt, auf die bedeutende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ein Jahr berufen werden konnten. Den Anfang machte Eberhard Jüngel aus Tübingen, der damit dem Ort seiner Anfänge die Reverenz erwies.

Im Wintersemester 1993 begann für die Theologische Fakultät nach vier aufregenden Jahren gewissermaßen die Normalität der Arbeit einer Theologischen Fakultät. Ermutigend war, dass Studierende aus ganz Deutschland die Attraktivität der Theologischen Fakultät bestätigten. 1994 waren 774 Immatrikulationen zu verzeichnen.

Abwärtstrend und Behauptung

Fusionen der dargestellten Art bringen es mit sich, dass man sich das theologische Profil der einzelnen Inhaberinnen und Inhaber eines Lehrstuhls nicht aussuchen kann. Die Besetzung der Lehrstühle der zweimal fusionierten Fakultät hatte deshalb etwas Zusammengewürfeltes. Zur gezielten Berufung von Personen mit einem bestimmten Profil konnte es deshalb erst kommen, als durch Emeritierung bzw. Pensionierung die „Überhänge“ gegenüber dem Strukturplan abgebaut und Neuberufungen erforderlich wurden. Allerdings machte dabei in den folgenden zehn Jahren ein *Trend* zu schaffen, welcher der Vorstellung einer führenden „Hauptstadt-Fakultät“ schwer zusetzte. Im Zuge der Sparmaßnahmen, die der Berliner Senat der Humboldt-Universität in rhythmischen Abständen auferlegte, kam es zu einem drastischen Stellenabbau.¹¹⁰ Schon 1995 musste auf vier Lehrstühle verzichtet werden. 1998 wurden vier weitere gestrichen. Am 17. 2. 2004 schließlich beschloss der Akademische Senat, die Theologische Fakultät in Berlin – verglichen mit anderen Theologischen Fakultäten in Deutschland – auf das unterste Niveau der Ausstattung mit Professuren zusammenzuschumpfen. Ihr wurden zehn Lehrstühle in den Hauptdisziplinen mit einer vagen Option auf einen elften religionswissenschaftlichen Lehrstuhl zugebilligt.¹¹¹

¹⁰⁹ Die Bibliothek des Sprachenkonvikts, die sich im Dom befand, wurde dadurch überflüssig. Sie befindet sich heute in Ziesar. Leider gelang es nicht, die traditionsreiche Bibliothek der Theologischen Fakultät zu integrieren. Sie befindet sich heute (bis auf einige Teile) in einem Außenmagazin in Berlin-Reinickendorf und soll künftig im Grimm-Zentrum untergebracht werden.

¹¹⁰ Vgl. zum Folgenden in den Dekanatsakten der Theologischen Fakultät die „Stellungnahme der Theologischen Fakultät zu den Vorschlägen des Präsidiums zum Strukturplan“ vom 19. 12. 2003.

¹¹¹ Der „Evangelische Kirchenvertrag Berlin“ von 2006 trägt dem Rechnung, indem er in Artikel 3 festhält, dass „die angemessene Vertretung der Fächer einschließlich Schwerpunkt- und Profilbildung (...) mindestens 11 Professuren“ beträgt.

Nach Kenntnisnahme der jüngeren Geschichte der Theologischen Fakultät könnte man vielleicht versucht sein, darauf hinzuweisen, dass dies exakt die Personalstruktur ist, die das Sprachenkonvikt einmal hatte. Aber das wäre eine ungerechte Geschichtsklitterung. Denn die komfortable Ausrüstung der Professuren, die Einrichtung von Juniorprofessuren, das Wirken von Honorarprofessoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragten und des zahlreichen wissenschaftlichen Nachwuchses, die Arbeit der Institute und die Finanzierung von Forschungsprojekten durch Universitäts- und Drittmittel machen die Realität der Theologischen Fakultät mit jener Notmaßnahme der Kirche in schwerer Zeit völlig unvergleichbar.

Außerdem durfte sich die Theologische Fakultät gerade nach jenen Eingriffen in ihre Personalstruktur eines besonderen Ereignisses ihrer Verankerung in der Universität erfreuen. Die Gebäude Burgstraße 26/Anna-Louisa-Karsch-Str. 1 wurden zum Sitz der Theologischen Fakultät ausgebaut. Die vorübergehende Verlagerung von Verwaltung, Lehrstuhlbüros und Lehrräumen in die Invalidenstraße bescherte Studierenden und Lehrenden noch einmal ein unruhiges „Wanderleben“. Doch als am 9. 5. 2007 das neue repräsentative und funktionale Gebäude mit den großzügigen, für Studierende idealen Räumen der Bibliothek eingeweiht wurde, kam zum Ziel, was 1993 angestrebt war. Wer sich zudem noch an die Existenz der Theologischen Wissenschaft in einer schäbigen Baracke einerseits und auf einem „Hinterhof“ andererseits erinnert, kann dieses Gebäude nicht anders als in beschwingter Weise betreten.

Generationenwechsel

Auch wenn der beschriebene Trend und der Abbau von „Überhängen“ zum Wegfall von Professuren führten, erforderte die Altersstruktur der Fakultät ab 1995 Neuberufungen. Den Anfang machte nach dem Ausscheiden von Jürgen Henkys die Praktische Theologie. Michael Meyer-Blanck wurde 1995 auf eine C3-Professur für Religionspädagogik, Homiletik (Predigtlehre) und Liturgik berufen, nahm aber zu aller Bedauern schon 1997 einen Ruf nach Bonn an. Durch zeitweilige Stellenbesetzungsstopps behindert zögerte sich nach der Emeritierung von Peter C. Bloth im Jahre 1996 und von Klaus-Peter Jörns die Besetzung der beiden praktisch-theologischen Lehrstühle bis 1999 bzw. 2002 hinaus. Wilhelm Gräß aus Bochum wurde 1999 berufen und übernahm das Institut für „Religionssoziologie und Gemeindeaufbau“ sowie die Funktion des Universitätspredigers. Rolf Schieder bekam 2002 den Lehrstuhl für Praktische Theologie und Religionspädagogik.

Noch in die 1990er Jahre fallen die Berufungen von Karl-Heinz Ohme (1996) auf die Professur für Kirchen- und Konfessionskunde und von Andreas Feldtkeller (1999) auf die Professur für Religions- und Missionswissenschaft sowie Ökumenik. Im Bestreben, exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Humboldt-Universität zu gewinnen, wurden die im Fach Kirchengeschichte aufgrund der Emeritierungen von Ulrich Wickert

und Curt-Victor Selge entstandenen Lücken auf beachtenswerte Weise gefüllt. 2002 nahm Dorothea Wendebourg aus Tübingen den Ruf auf den Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an. 2004 besetzte der Leibniz-Preisträger Christoph Marksches aus Heidelberg den Lehrstuhl für Ältere Kirchengeschichte und Patristische Theologie. Marksches wurde 2006 zum Präsidenten der Humboldt-Universität gewählt und trägt seither eine besondere Verantwortung für den Weg der ganzen Universität.

Ansonsten stand die Theologische Fakultät jetzt im Zeichen eines *Generationenwechsels*. Nach und nach erreichten die Lehrstuhlinhaber mit DDR-Erfahrung das Ruhestandsalter. Seit Mitte des Jahres 2009 lehrt kein Professor „aus dem Osten“ mehr an dieser Fakultät. Von denen, die durch die Fusion von 1993 aus West-Berlin an die Fakultät gekommen sind, ist dann nur noch Cilliers Breytenbach da. Den traditionsreichen, 1849 eingerichteten Lehrstuhl für „Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst“¹¹² gibt es seit der Pensionierung von Gerlinde Strohmaier-Wiederanders (2006) nicht mehr. Statt Wolf Krötke und Christoph Gestrich vertreten die Systematische Theologie jetzt Notger Slenczka (Dogmatik) und der 2008 berufene Juniorprofessor Friedrich Lohmann (Ethik). Der philosophische Lehrstuhl, dessen Wurzeln im Sprachenkonvikt liegen, ist mit der Pensionierung von Richard Schröder 2009 in Wegfall gekommen. Die alttestamentlichen Lehrstühle von Rüdiger Liwak und Matthias Köckert werden – nachdem die Stelle von Peter Welten erlosch – hoffentlich zum Universitätsjubiläum 2010 wieder besetzt sein. Diese Hoffnung besteht auch für eine von den beiden neutestamentlichen Professuren, die noch zur Verfügung stehen. Nach dem Ausscheiden von Christian Wolff, dem geschätzten Kommentator der Korintherbriefe, von Peter von der Osten-Sacken, dem Direktor des Instituts für „Kirche und Judentum“, sowie von Hans-Gebhard Bethge mit seinen Verdiensten um die Erforschung des gnostisch-koptischen Schrifttums, ist zu vermuten, dass ein Hochschullehrer alleine das nicht wird leisten können, was jene drei geleistet haben.

Erfreulich und bereichernd aber ist, dass der Theologischen Fakultät im Jahre 2005 die Guardini-Stiftungsprofessur für Religionsphilosophie und Katholische Weltanschauung zugeordnet wurde.¹¹³ Nach Ludger Honnefelder wird sie seit 2007 von Edmund Runggaldier wahrgenommen. Diese Professur erinnert wenigstens daran, dass es in der Hauptstadt Deutschlands eigentlich auch eine katholisch-theologische Fakultät geben sollte.

¹¹² Vgl. Strohmaier-Wiederanders, Gerlinde, Geschichte des Faches und des Lehrstuhls „Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst“ (Christliche Archäologie, Denkmalskunde und Kulturgeschichte) an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität, in: dies., Theologie und Kultur. Geschichten einer Wechselbeziehung. Festschrift zum einhundertfünfzigjährigen Bestehen des Lehrstuhls für Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst an der Humboldt-Universität zu Berlin, Halle 1999, S. 9–17.

¹¹³ Romano Guardini hatte von 1923 bis 1939 eine Professur für Religionsphilosophie und Katholische Weltanschauung an der Berliner Universität inne. 1939 wurde diese Professur von den Nationalsozialisten aufgehoben.

Ausblick

Der skizzierte Generationenwechsel, der in der hier nötigen Kürze der Darstellung etwas Atemberaubendes hat, provoziert natürlich die Frage, wofür die Theologische Fakultät im Jahre 2010 gut steht. Von der Fakultät/Sektion zu DDR-Zeiten wusste man das damals einigermaßen genau und von den beiden Kirchlichen Hochschulen in Ost- und West-Berlin auch. In der Generation, die seit 1993 die Theologische Fakultät prägte, war verhältnismäßig einfach Einverständnis darüber zu erzielen, dass die Evangelische Theologie auch an der Universität eine Funktion der Kirche bleibt, die um der kritischen Verantwortung der von ihr vertretenen Wahrheit und um der Ausbildung der Pfarrerschaft sowie der Religionspädagogen willen nötig ist. Der 2006 aktualisierte staats-kirchenrechtliche Status der Theologischen Fakultät legitimiert auch heute die Wahrnehmung dieses kirchlichen Anliegens durch die Theologie an der Universität. Dieser Vertrag legt ihr aber andererseits auch eine Verpflichtung durch die Universität auf. Sie hat jene Verantwortung in ihren einzelnen Disziplinen mit den Methoden und unter der Leitung wissenschaftlicher Forschung und Reflexion wahrzunehmen. Die Theologische Fakultät steht der Kirche deshalb auch in kritischer Distanz gegenüber, indem sie z. B. die Quellen, Texte und Zeugnisse des christlichen Glaubens in Vergangenheit und Gegenwart der historischen Forschung aussetzt und die Glaubensaussagen über Gott, die Welt und die Menschen aus dem Horizont derjenigen Wissenschaften reformuliert, welche diese Aussagen tangieren.

Man kann wie bei aller freien wissenschaftlichen Arbeit nicht in abstracto dekretieren, was dabei herauszukommen hat. Noch weniger ist zu erwarten, dass in der Theologischen Fakultät je nur eine Ansicht über die Aufgaben einer wahrheits- und zeitgemäßen Theologie herrschen wird. Es wird vielmehr auch in Zukunft normal sein, dass die Forschung in den Einzeldisziplinen zu unterschiedlichen Ergebnissen und zu verschiedenen Akzentuierungen der Wahrheit des christlichen Gottes-, Welt- und Menschenverständnisses angesichts der Herausforderungen der Theologie durch den religiösen und weltanschaulichen Pluralismus unserer Gesellschaft einerseits wie durch den Atheismus andererseits kommt. Die Geschichte der Fakultät/Sektion in der DDR-Zeit ist ein extremes Beispiel dafür, welchen Schaden der Versuch der Ausschaltung dieser Normalität anrichtet. Jede lebendige Theologische Fakultät weiß die Vielfalt begründeter wissenschaftlicher Positionen, die Auseinandersetzung darüber und den Streit um die Wahrheit zu schätzen. Sie fordert damit die Studierenden zur eigenen Urteilsbildung heraus, weshalb man abwarten muss, wie sich Tendenzen zur Verschulung des Studiums auswirken, die in den 2004 und 2006 eingeführten Bachelorstudiengängen „Evangelische Religion“ und „Evangelische Theologie (mit Lehramtsoption)“ zu erkennen sind.

Der „normale Streit“ einer Theologischen Fakultät kann jedoch auch brisant werden. Das ist der Fall, wenn einem der wissenschaftlichen Erkenntniswege, deren sich die Theologie

bedient, begründende Funktion für die in der Praxis der Kirche vertretene Wahrheit zugesprochen wird. Das geschieht z. B., wenn diese Wahrheit vollständig unter das Reglement historischer, anthropologischer, philosophischer, weltanschaulicher, kultureller, ethischer oder allgemein „religiöser“ und religionsvergleichender Sichtweisen gerät. Da die neuzeitlichen Wissenschaften in allen diesen Hinsichten nur relative Erkenntnisse haben können, wird auf diese Weise die von der Kirche keinesfalls als relativ verstandene Wahrheit, dass die Welt und die Menschheit im biblisch bezeugten Gott gründen, in diese Relativierung hinein gezogen bzw. auf das Maß einer nur subjektiv-religiösen oder ethischen oder kulturellen Anschauung zurückgenommen. Kommt dergleichen zur Herrschaft, zieht sich die Theologie die kirchliche Legitimation ihres Daseins an der Universität selbst den Boden unter den Füßen weg und wandert – je nach ihrem Involviertsein durch eine der für sie nötigen Wissenschaften – innerlich in eine andere Fakultät ab.

Die Berliner Theologische Fakultät ist im Grunde in allen ihren Phasen von diesem Problem bewegt gewesen. Der Name, der mit diesem Problem verbunden ist, ist der von Friedrich Schleiermacher. Er ist, als sich die Theologische Fakultät 1991 und 1993 neu konstituierte, immer wieder aufgerufen worden. Denn er steht in der Geschichte dieser Fakultät in gleicher Weise für eine mit Hilfe der Wissenschaften dem neuzeitlichen Bewusstsein zugängliche Theologie wie für die wissenschaftliche Unverrechenbarkeit der Lebenskraft des christlichen Glaubens. Das Zweite zu unterschlagen, ist angesichts dessen, dass Schleiermacher schon in seinen berühmten „Reden über Religion“, welche die „Religion“ als ein selbstständiges „Drittes“ gegenüber dem Wissen und der Moral (und damit auch der „Kultur“) charakterisiert hat, nicht geraten.¹¹⁴ Noch weniger gestattet das die „Glaubenslehre“, die bei aller Einbettung von Glaubensaussagen in „Lehnsätze“ aus anderen Wissenschaften doch einprägt, dass die „geschichtliche Urthatsache“, aus der das Christentum hervorgegangen ist, „nicht aus dem früheren geschichtlichen Zusammenhang zu begreifen ist“ und deshalb „Offenbarung“ zu heißen verdient.¹¹⁵

In der jüngeren Geschichte der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin ist das wissenschaftliche Bemühen zweifellos mit dieser Einsicht verbunden gewesen. Dazu bestand nach dem Zugriff zweier unterschiedlicher, sich „wissenschaftlich“ gebärdender Weltanschauungen auf die Theologie auch aller Grund. Es ist der Theologischen Fakultät zu wünschen, dass sie das nicht vergisst; aber noch mehr, dass sie in der ihr eigentümlichen Freiheit, in der sie zugleich der Universität wie der Kirche verpflichtet ist, den Weg zu einer wahrheits- und zeitgemäßen Verantwortung evangelischer Theologie findet.

¹¹⁴ Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst, Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern (1799). Kritische Gesamtausgabe (KGA) I/2, Schriften aus der Berliner Zeit 1796–1799, hrsg. v. Meckenstock, Günter, Berlin/New York 1984, S. 211.

¹¹⁵ Ders., Der christliche Glaube nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche im Zusammenhange dargestellt. Zweite Aufl. (1830/31), Teilbd. 1, hrsg. v. Schäfer, Rolf, KGA I/13, Berlin New York 2003, S. 89f., 106.